Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202. Donnerstag, den 29. August 1918 25. Jahrg.

Wie soll es enden?

Das ist die Frage der Fragen. Jeder hat sie auf den Lippen und jeder sucht nach einer Antwort.

Auch der deutschen Regierung drängt sie sich erneut mit wachsender Schärfe auf. Sie hat sich jahrelang allein auf das deutsche Schwert verlassen; sie sucht jetzt Unterstützung auch beim deutschen Wort und beim deutschen Gedanken. Sie hat eine Offensive der Propaganda begonnen.

Solf, der Minister für Kolonien, hat sich als erster ans Rednerpult gestellt; der Prinz Max von Baden ist ihm gefolgt. Andere werden voraussichtlich diesem folgen. Sie alle wollen zu den Völkern der Gegenseite sprechen, um drüben die Chauvinisten und Imperialisten matt zu setzen.

Solf hat sich gegen die Irrlehre des Hasses gewandt, die die tiefinnerste Gemeinsamkeit der Menschen zu ersticken droht. Die vergewaltigte menschliche Natur muß sich nach seiner Ueberzeugung, die auch die unsere ist, dagegen aufbäumen. Solf lehnt den Vernichtungswillen ab, verwirft die Politik des Knockout, des Genickfangs, des letzten Gnadenstoßes. Er betont den Gedanken der Völkerversöhnung und sieht wie wir in allen Ländern Gruppen und Menschen, die er als **Zentren des europäischen Gewissens** bezeichnet. In diesen Zentren regt sich, wie Solf gewahrt und wie wir längst beobachtet haben, die Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur gefunden werden kann, wenn die kriegführenden Nationen zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgaben zurückerwachen.

Das sind andere Töne, wie sie uns aus den Spalten der deutschen Eroberpresse und von den Lippen deutscher Heimkrieger entgegenzuschallen pflegen. Da Solf keinen Seitensprung vollführt, vielmehr im Einvernehmen mit seinen Kollegen und seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, gesprochen hat, was auch für den Karlsruher Redner von vornherein anzunehmen ist, so ist klar ersichtlich, daß die deutsche Regierung ihre Offensive der Propaganda durchzuführen beabsichtigt, indem sie sich für den Frieden der Verständigung einlegt.

Das war nicht immer so. Das war noch vor wenigen Monaten nicht die Ueberzeugung der Regierung. Andernfalls wäre der verhängnisvolle Gewaltfriede von Brest-Litowsk nicht möglich gewesen. Das war auch nicht immer die Meinung derjenigen bürgerlichen Schichten, die heute mit Solf einverstanden sind und ihn beglückwünschen, daß er endlich eine Gasse ins Freie zu bahnen versucht. Eine kurze Rückschau mag das den Vergeßlichen beweisen.

Es war nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk. Rußland lag wehrlos zu den Füßen des Siegers. Das deutsche Heer, das Rußland geschlagen, hatte im Osten seine Aufgabe gelöst. Tag und Nacht rollten damals die Militärzüge vom Osten nach dem Westen. Die deutsche Heeresleitung holte im Westen zum gewaltigsten Schlag aus. Am 21. März setzte der deutsche Angriff mit beispielloser Wucht ein. Und Riesenschlachten folgten, wie sie die Welt selbst in diesem ungeheuren Völkerringen nie vorher gesehen.

Das ganze bürgerliche Deutschland lebte damals im Rausche der Siegesgewißheit. Die bürgerliche Presse verkündete täglich, nunmehr — nach den großen deutschen Erfolgen vom März, April und Mai — werde Deutschland auch im Westen keinen weichen Frieden schließen. Die Abgeordneten des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei, die am 19. Juli des Vorjahres unter der Führung der Sozialdemokratie den Reichstagsbeschluß für den Verständigungsfrieden durchgesetzt hatten, rückten von ihrer eignen Resolution ab. Die „Zeit des Kleinmuts" sei vorbei, ihre Beschlüsse seien durch die Ereignisse selbst zerrissen. Von jedem Bankdirektor und jedem Finanzmagnaten konnte man es hören, er wisse aus allersicherster Quelle, daß das deutsche Heer in kurzer Frist in Paris und Calais den Frieden diktieren werde. Die Intelligenz und das Kleinbürgertum strömten in hellen Haufen der Vaterlandspartei zu. Die alldeutschen Annexionisten triumphierten: „Hinweg jetzt mit allem **Philistergeplärr über Verständigung** und Versöhnung! Fort mit dem Götzendienste des Friedens nach der Art und dem Gefallen der Reichstagsmehrheit! Ins Mauseloch mit der Pfahlbürgerei, die mit ihrem wehseligen und armseligen Gewinsel dem gerechten deutschen Engländerhaß, dem kerngesunden deutschen Rachewillen noch wehren möchte! Durch Alldeutschland braust aufs neue, mit verstärkter Glut, der Sieges- und Vergeltungsruf: Nieder mit England!"

So schrieb damals das Berliner Organ des alldeutschen Verbandes und die deutsche Regierung sagte kein Wort, das sich dem „kerngesunden deutschen Rachewillen", dieser „Irrlehre des Hasses", diesem „Streben nach deutscher Vorherrschaft in der Welt" entgegenwarf.

Seit dem Beginn der deutschen Offensive sind fünf Monate vergangen. Fünf Monate der gewaltigsten, blutigsten Kämpfe. Hunderttausende Franzosen, Briten, Deutsche sind in diesen Kämpfen gefallen. Das Ergebnis können wir heute übersehen. Heute erscheint der Friede der Verständigung der deutschen Regierung, ja selbst den lautesten Rufern des März und Mai nicht mehr als Philistergeplärr und Pfahlbürgerei.

Kaum ist in Deutschland die Besinnung zurückgekehrt, fängt aber der Rausch in den Weststaaten an. Die Stimmung auf der andern Seite der Front hat sich seit einem Monat merklich geändert. Im Winter, nach dem Zusammenbruch Rußlands, nach den ersten großen Erfolgen der deutschen Waffen im Westen, war man in London und Paris recht kleinlaut. Lloyd George sprach von der „ernsten tragischen Stunde", die England erlebe. Die Bourgeoisie floh aus dem bedrohten Paris. Aber indessen arbeitete der ungeheure Mechanismus, über den der Weltbund der gegen Deutschland verbündeten Völker verfügt. Der Verlust, den die Entente durch Rußlands Zusammenbruch erlitten, wurde durch Amerika allmählich ausgeglichen. Die Kampfverluste der britischen und französischen Heere ersetzte der Zufluß aus der Neuen Welt.

So gelang es der Entente, den deutschen Angriff abzuwehren und selbst zum Angriff überzugehen. In hartem Kampfe verteidigen jetzt Deutschlands Söhne die alten deutschen Gräben in Flandern, in der Pikardie und im Laonnais. Die ersten Erfolge steigern das Selbstbewußtsein der Entente. Die Gewißheit, daß jeder Monat die amerikanischen Kräfte in Frankreich vermehrt, gibt der Entente die Hoffnung auf Sieg. So packt **jetzt drüben der Siegesrausch** die Völker. Nun hören wir es wieder drüben, man wolle den Mittelmächten „keinen weichen Frieden" bewilligen. Jetzt hofft man wieder dort, in kurzer Zeit am Rheine dem Besiegten den Frieden diktieren zu können. Jetzt verdammt man wieder in London und Paris das „Philistergeschrei über Verständigung und Versöhnung". Jetzt braust dort „aufs neue, mit verstärkter Glut, der Sieges- und Vergeltungsruf: Nieder mit Deutschland!"

Das ist der Kreislauf des Krieges. Das Kriegsglück ist bald der einen, bald der anderen Partei hold. Bald die einen, bald die anderen wiegt die Hoffnung auf baldigen völligen Sieg. Und wer bald den Frieden diktieren zu können hofft, will sich zur Verständigung, die Verzicht und Opfer heischt, nicht bequemen. Man will heute in London vom „weichen Frieden" nichts hören, wie man im März in Berlin von ihm nichts hören wollte. So ist die Verständigung niemals möglich. Und der Krieg geht, über Millionen verstümmelter, verwesender Leichen hinweg, weiter ins Endlose . . .

Dabei beendet ein Gewaltfriede niemals einen Krieg, sondern er ist nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Wer das bisher bestritten hat, blicke nach Brest-Litowsk und er muß sich vor dieser Erkenntnis beugen. Der Schwertfriede von Brest hat den Krieg im Osten nicht beendigt, er hat ihn nur auf andere Gleise geschoben. Mirbach und Eichhorn sind als Opfer die Beweise dafür. Die Gegenwart deutscher Divisionen im Osten sechs Monate nach Friedensschluß die weiteren Beweise. Der Gewaltfriede **macht den Sieger niemals froh.** Jeder Gewaltfriede — zumal der im Westen, wenn er möglich wäre — würde alle diejenigen gegen sich haben, ihre unversöhnliche Gegnerschaft befürchten und tragen müssen, die er gedemütigt hat: und unter der Last dieses Hasses würde jeder zusammenbrechen. Kein großes Volk — und hüben und drüben stehen im Streite große Völker, Völker einer ruhmvollen Geschichte, starken und entschlossenen Willens voll — läßt sich vergewaltigen, läßt sich einschnüren und fesseln. Wer den Versuch machte, wenn das Kriegsglück ihm dazu die Möglichkeit schüfe, sein Joch andern Völkern aufzuerlegen, würde sich eine Zukunft bereiten, in der ihm kein ruhiger Augenblick, kein ungestörtes Aufatmen beschieden wäre. Verständigung heißt daher die Losung für alle Kriegführenden.

Auch das muß man verstehen: der Weltfriede, der den Weltkrieg beendet, braucht eine andere Grundlage als die es war, auf der sich Friedensschlüsse früher aufgebaut haben. Wer die Vorstellung hat, daß da um Grenzen und Grenzregulierungen gehandelt werden wird, daß der Schacher um fremdes Land da anheben könnte, wie er etwa auf dem Wiener Kongreß oder auf dem Berliner Kongreß der diplomatischen Weisheit letzter Schluß war, wer etwa gar an Annexionen und Kontributionen denkt, der versteht die Zeit nicht. Nicht im Zeichen der Selbstsucht der Staaten, nur im Zeichen der **Notwendigkeiten der Menschheit** kann der Weltfriede zuwege gebracht werden.

Die Menschheit will aus dem Kriege heraus, nicht bloß aus dem, der sie jetzt mordet, sondern aus dem Kriege überhaupt. Er muß, als das Widermenschliche, daß er in Wahrheit ist, auch als Möglichkeit verschwinden. Die Menschheit muß von diesem Entsetzlichen für immer befreit werden.

Das ist aber nur möglich, wenn eine neue, eine sittliche Ordnung die Beziehungen von Staat zu Staat, von Volk zu Volk regelt. Der Krieg muß weg! Das heißt, der Militarismus muß verschwinden. Ueberall. Das heißt, das souveräne Recht, Krieg zu erklären, muß aufgegeben werden. Ueberall. Das heißt, auf die Kriegsbündnisse muß verzichtet werden. Ueberall. Völkerbund, Schiedsgerichte, Abrüstung: sie müssen kommen, weil nur sie den Krieg auslöschen und vertilgen können.

Wer den Frieden will, muß sich zu diesen grundlegenden und unabweislichen Forderungen bekennen. Freudig bekennen, ohne Rückhalt bekennen. Muß die neue moralische Ordnung der Welt wollen und allen überlieferten Egoismus ihr ungescheut zum Opfer bringen.

Nur dieser Friede ist möglich. Dieser ist aber möglich. Nur wer den Entschluß zu ihm kraftvoll verkündet, kann des Friedens Wegbereiter werden.

Solf hat begonnen, diesen Weg zu gehen. Er ist aber nach den ersten Schritten stehengeblieben. Seine Kollegen müssen weiter schreiten und die Wortführer der Bürgerlichen müssen an ihrer Seite ausharren oder sie werden später von den Wählern zur Rechenschaft gezogen. Sie alle müssen endlich erkennen, was die Sozialdemokratie längst weiß und darzulegen nicht müde wird, daß der Weltkrieg Weltprobleme geboren hat, die bewältigt werden müssen. Unabhängig vom Kreislauf des Krieges.

Die alte Welt der Geheimdiplomatie, der dynastischen Rücksichten, des überholten Länderschachers wie der naiven Königsspielereien ist vom Trommelfeuer dieser vier Jahre in Trümmer gelegt worden. Eine neue Welt entsteht und ringt sich ans Licht. Sie will begriffen und gestaltet werden. Dazu gehört ein Weltblick mit Weltkenntnis und Welterfahrung. Wer an Belgien kleben bleibt und über die flandrische Küste nicht hinwegzusehen vermag, wer sich damit begnügt, das Baltikum abzustecken, Herzogskronen zu verteilen, Polen und die Ukraine abzugrenzen, ist nicht der Mann, um den Weg ins Freie zu finden, geschweige zu bahnen.

Es geht längst nicht mehr um die Notwendigkeiten eines Volkes, es handelt sich um die Notwendigkeiten der gesamten Menschheit.

Nur, wenn dies von der deutschen Regierung wie von den bürgerlichen Parteien begriffen und wenn danach gehandelt wird — nur dann kann es enden.

Die Kämpfe im Westen.

Ueber die letzten Kämpfe meldet Wolff: Schritt für Schritt mühen sich die Engländer, die Somme-Wüste zurückzuerobern, aus der sie im März dieses Jahres von dem übermächtigen deutschen Ansturm so eilig herausgeworfen wurden. Anders als der Engländer versteht der Deutsche die Verteidigung, die taktischen Vorteile der Trichterwildnis auszunutzen. Jedes gewonnene Dorf, das in Wirklichkeit, ja seit langem aus nichts anderem besteht, als einer Tafel mit der Inschrift: „Dies war Pozieres" oder „Dies war Martinpuich", muß vom Feinde mit empfindlichen Opfern bezahlt werden und führt dabei die Truppe nur immer in eine Wüste ohne Unterkunft, ohne Wasser und ohne jedes Hilfsmittel. Die Engländer setzten ihre Angriffe auf der ganzen Front nördlich der Somme fort. Vor 7 Uhr früh hetzte ein Ansturm die anderen ab. Artillerievorbereitung und Infanterieangriff gingen ineinander über. Um Mittag bog die deutsche Verteidigung dem starken englischen Angriff aus. Die Engländer kamen bis Longueval und bis an den Delville-Wald, aber der deutsche Gegenstoß warf sie wieder zurück. Weiter südlich griffen sie wiederholt von Suzanne heraus an. Allein die Flankierungen der deutschen Batterien zerschlugen jeden englischen Angriff. Das stürmische Wetter behinderte erheblich die englische Flugtätigkeit. Die deutschen Jagdstaffeln fanden in der Luft kaum einen Gegner. Sie gingen deshalb auf 100 Meter herunter und nahmen die englischen Gräben unter das Feuer ihrer Maschinengewehre. Infanterieflieger versahen die deutsche vordere Linie mit Munition und Verpflegung. Auch Kraftwagengeschütze griffen erfolgreich in den Kampf ein. Einzelne fuhren bis dicht hinter die Schützenlinien vor und beschossen feindliche Fesselballone und Blinkerstationen und unterstützten mit ihrem Feuer wirksam die eigenen Vorstöße.

Den Kämpfen, die während des ganzen Tages des 26. August vor der Front der Armee von Below tobten, folgten von 7 Uhr abends an nochmals zwei Großangriffe bei Mery zwischen Bapaume-Favreuil. Während bei Vaulx und Beugnatre beide Angriffe abgeschlagen wurden, drang der Engländer vorübergehend weiter südlich bis zur Eisenbahn vor. Seine starken Kräfte traten aus Favreuil heraus in südwestlicher Richtung zum Sturm an. Sie liefen in das vorzüglich liegende Feuer der zum Teil direkt schießenden Batterien und flüchteten bald unter schweren Verlusten zurück, gedrängt von der Infanterie. Weiter südlich hatte sich der Feind an Bapaume schon dicht herangearbeitet. Aber auch hier wurde er nach erbitterten Kämpfen wieder zurückgeworfen. Die geschlagene Infanterie wurde durch das von unseren Fliegern gut geleitete Artilleriefeuer gefaßt. **Alle Anstrengungen der Engländer, noch am 26. abends in Bapaume einzudringen, blieben erfolglos.** Zu gleicher Zeit wurde beobachtet, daß der Gegner weiter südlich zwischen Courcelles le Sarc, sowie zwischen Ligny und Bapaume Tankgeschwader bereitstellte. Sie wurden sofort unter Feuer genommen. Die anrückenden Infanteriekolonnen wurden zerstreut. Der sich hier entwickelnde Angriff wurde auf diese Weise im Keime erstickt. Der Feind hat nach diesen blutigen Verlusten in den Morgenstunden des 27. August seine Angriffe hier nicht erneuert.

*

Neue feindliche Durchbruchsversuche gescheitert.

WTB. Berlin, 28. August, abends. (Amtlich.)

Südlich von Arras sind erneute Durchbruchsversuche des Feindes gescheitert. Nördlich von Bapaume und nördlich der Somme brachen englische Angriffe unter schweren Verlusten zusammen. Zwischen Somme und Oise Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Stellungen. Französische Angriffe nördlich [illegible] wurden blutig abgewiesen.

*

Die gegnerischen Berichte.

Französischer Bericht vom 27. August, nachmittags. Südlich der Avre dehnten die französischen Truppen am Morgen ihre Fortschritte in der Gegend von St. Mard weiter aus, nachdem

sie mehrere feindliche Gegenangriffe zurückgewiesen hatten. Wir machten bei den gestrigen Kämpfen 1100 Gefangene, darunter sechs Offiziere, von denen zwei Bataillonsführer sind. Zwischen Oise und Aisne scheiterte gestern abend ein deutscher Gegenangriff westlich von Lassigny, der uns 30 Gefangene einbrachte. In der Gegend östlich von Bagneux schoben wir unsere Linie um ungefähr 1200 Meter vor. Im Laufe der Nacht war der Artilleriekampf zwischen Aillette und Aisne ziemlich rege.

Französischer Bericht vom 27. August, abends. Unserm fortgesetzten Drucke nachgebend, wurde der Feind gezwungen, seinen Rückzug auf beiden Seiten der Avre zu verstärken. An einer Front von ungefähr 20 Kilometer brachen unsere Truppen diesen örtlichen Widerstand und machten Fortschritte, die an einzelnen Stellen vier Kilometer überstiegen. Wir halten die Hauptlinie unmittelbar westlich von Chaulnes, Punchy, Lianmery, Grury, Carepuis, Roye, Lancourt und Crapeaupesnil. Wir machten Gefangene. Der Artilleriekampf hält lebhaft in Gegend von Lassigny und zwischen Oise und Aisne an.

Englischer Bericht vom 27. August, abends. Heute morgen griffen unsere Truppen auf beiden Seiten der Scarpe neuerdings mit Erfolg an. Die kanadischen Truppen drangen, nachdem sie den feindlichen Widerstand auf der alten, von ihm vor der Offensive am 21. März gehaltenen Verteidigungslinie gebrochen haben, tief in die deutschen Stellungen zwischen den Flüssen Sensee und Scarpe ein und bemächtigten sich Cherisys. Vis-en-Artois und des Sart-Waldes. Sie machten zahlreiche Gefangene. Rechts von den Kanadiern überschritten schottische Truppen die Sensee und bemächtigten sich des Dorfes Fontaine-les-Croisilles. Sie richteten sich am Fuße des Höhenkammes südlich vom Dorfe ein und machten mehrere Hundert Gefangene. Nördlich der Scarpe besetzten unsere schottischen Bataillone Roeux, die „Orange-Hills" und Gavrelle, während die englischen Truppen Arleux-en-Gohelle und die ehemalige deutsche Linie südlich dieses Dorfes nahmen. Zwischen Croisilles und Bapaume und südlich hatten die englischen und die neuseeländischen Truppen harte Kämpfe und wiesen zahlreiche, von den deutschen Divisionen, die kürzlich zur Verstärkung der Schlachtfront eingetroffen waren, hartnäckig geführte Kämpfe ab. Dem Feinde wurden schwere Verluste beigebracht. Trotz der Anstrengungen, die dem Vordringen unserer Truppen entgegengesetzt wurden, bemächtigten diese sich des Dorfes Beugnatre und rückten an mehreren Punkten zwischen Beugnatre und Croisilles vor. Südlich von Bapaume gewannen englische Truppen von Wales Gelände trotz starken feindlichen Widerstandes. Wir erreichten die westlichen Ränder von Flers und verjagten den Feind aus Longueval und den Wäldern von Delville und Pernasay. Feindliche, auf diese Punkte von der preußischen Garde unternommene Gegenangriffe wurden abgeschlagen. An der Somme drängten australische, englische und schottische Bataillone den Feind auf der Angriffsfront zurück. Unsere Truppen gewannen die Höhen östlich von Malicourt und Fontaine-les-Cappy. Der Wald zwischen dieser Ortschaft und der Somme wurde genommen und einige hundert Gefangene gemacht. Vermandovillers (nördlich von Chaulnes) ist in unserer Hand.

Was der Krieg bringt.

Sonderbare Friedensfreunde.

Die Odessaer Friedensliga richtete an das Internationale Friedensbureau in Bern die Aufforderung, eine ordentliche Friedenskonferenz nach der Schweiz einzuberufen. Es sei dies der einzige Weg, um den Krieg schnell zu beenden. Das Internationale Friedensbureau hat ablehnend geantwortet. Die moralischen und materiellen Schwierigkeiten, die seit drei Jahren eine Vereinigung der Mitglieder des Internationalen Rates unmöglich gemacht hätten, seien auch heute noch nicht behoben. Sie hätten sich im Gegenteil sehr vermehrt. Es bestehe gegenwärtig keine Möglichkeit, diese Hindernisse zu beseitigen. **Es sei auch nicht die Pflicht der Friedensfreunde, den Feindseligkeiten Einhalt zu tun.** Sie hätten vielmehr darauf hinzuarbeiten, daß der geschlossene Friede auch von Dauer sei. Diese Aufgabe könne aber nur gelöst werden, wenn Demokratie und Freiheit zum Siege gelangten.

Es ist also nicht die Pflicht dieser sogenannten Friedensfreunde, dem entsetzlichen Morden Einhalt zu tun! Das ist wirklich ein Standpunkt, der nur ein Kopfschütteln auslösen kann. Für die Aufrechterhaltung des Friedens braucht die Menschheit solche sonderbaren Käuze nicht; dafür wird sie — dessen sind wir sicher — schon nach den Lehren dieses Völkerzerfleischens selbst Sorge tragen.

Eine Zusammenkunft internationaler Sozialisten?

Der „Frankf. Ztg." wird aus Bern gemeldet: In Interlaken sind, wie verlautet, Montag Sozialisten des In- und Auslandes zu interner Besprechung von Friedensfragen versammelt. Nähere Einzelheiten sind bis jetzt über diese Konferenz nicht bekannt geworden.

Auch uns ist über diese Sache bisher nichts bekannt geworden.

Der deutsch-englische Gefangenenaustausch.

In einer Reutermeldung vom 23. August wird behauptet, daß die großbritannische Regierung sofort ihre Bereitwilligkeit erklärte, die am 14. Juli im Haag unterzeichnete Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen mit Einschränkung zu ratifizieren, daß die deutsche Regierung indessen noch nicht geantwortet habe und somit die Verantwortung für die Verzögerung trage. Dieser Vorwurf ist völlig unbegründet. Bis in die letzte Zeit war der deutschen Regierung keinerlei Mitteilung der großbritannischen Regierung über deren Stellung zu der Vereinbarung zugegangen. Erst am 22. August erhielt der deutsche Gesandte im Haag die Erklärung Großbritanniens, nach der es zur Ratifikation und Vereinbarung bereit sei, wenn die deutsche Regierung einer Aenderung der getroffenen Verabredungen in den wesentlichen Punkten zustimme. Auf die Frage einer befriedigenden Regelung der Lage der Chinadeutschen, von der bekanntlich die Genehmigung deutscherseits zu einer Vereinbarung abhängig gemacht wird, ist die großbritannische Regierung in dieser Erklärung mit keinem Worte eingegangen. Hiernach kann die Reutermeldung nur als eine gröbliche Entstellung der Wahrheit bezeichnet werden.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 28. August. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

An den Gebirgsfronten rege Erkundungstätigkeit.

In Albanien wurde unter Nachhutkämpfen neuerlich Bodengewinn erzielt.

Spanien und Deutschland.

Aus Berlin wird mitgeteilt: Nach einer „Times"-Meldung aus Santander soll die deutsche Regierung die Bedingungen der spanischen Ratifikation angenommen und zugestimmt haben, daß die in spanischen Häfen liegenden **deutschen Schiffe als Kompensation für die Verluste der spanischen Handelsflotte abgetreten würden.** Diese Meldung ist unrichtig. Wie bereits am 23. d. Mts. mitgeteilt wurde, hat die deutsche Regierung gegen das angekündigte Vorgehen der spanischen Regierung Verwahrung eingelegt. Es sind zwischen beiden Regierungen Verhandlungen eingeleitet worden, um eine den beiderseitigen Interessen Rechnung tragende Lösung herbeizuführen.

Die Ententegesandten.

(Meldung der P. T. A.) Die Ententepresse bleibt bei der Behauptung, daß der diplomatische Vertreter Englands in Moskau, Bruce Lockhardt, gefangen gesetzt sei. Das ist eine Lüge. Lockhardt befindet sich in Freiheit und in Erwartung der Zusicherung des freien Geleits durch die deutsche Regierung und des Abschlusses des Abkommens zwischen Rußland und den Regierungen der Entente über die beiderseitige Rückkehr der diplomatischen und konsularischen Vertreter. Der amerikanische Konsul Poole befindet sich in gleicher Lage. Er ist in Moskau in vollständiger Sicherheit in Erwartung derselben Abreisemöglichkeiten. Wenn die Zusicherung des freien Geleits durch Deutschland erfolgen wird und wenn das Abkommen betreffs Rückkehr der Vertreter getroffen sein wird, wird ihre Abreise aus Rußland unverzüglich erfolgen. Einstweilen warten die genannten Vertreter in Moskau die Ergebnisse der diplomatischen Schritte in dieser Sache ab.

(Anmerkung des Wolffbureaus: Die Zusicherung des freien Geleits seitens Deutschlands ist bereits gegeben. Es handelt sich lediglich um die Durchführung der Maßnahmen.)

Sieg der Kommunisten im fernen Osten.

„Iswestja" veröffentlicht eine Notiz, die das Verhalten der Bevölkerung Sibiriens gegenüber der „japanischen Hilfe" schildert:

„Die Japaner versicherten der ganzen Welt," so heißt es in der Notiz, daß sie militärisch gegen Rußland nicht vorgehen und sich in die inneren russischen Angelegenheiten nicht einmischen wollten. Gleichwohl gefiel ihnen die Macht des Sowjets in Wladiwostok nicht; es wurden Neuwahlen zur städtischen Duma unter dem Druck der Japaner, Engländer und Amerikaner veranstaltet. Und was hat die Bevölkerung von Wladiwostok getan? Mehr als die Hälfte der städtischen Selbstverwalter sind Kommunisten, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts von der Bevölkerung nach der Duma entsandt wurden.

Die Bolschewiki brachten auch ihren Kandidaten für den Posten des Stadtoberhauptes durch. Und Japaner, Engländer und Amerikaner wagen nicht mehr, die Bolschewiki in Wladiwostok und in anderen Orten Sibiriens Ausbeuter zu nennen. Im Gegenteil, sie haben Beweise genug, daß die sogenannte sibirische Regierung von der Bevölkerung nicht unterstützt wird, und daß die Arbeiter dieser falschen Regierung feindlich gesinnt sind. Diese Tatsache gibt das Oberhaupt dieser Regierung, der Sozial-Revolutionär Wologodski, zu, und der zweite Präsident auf die Macht in Sibirien, General Chorwat, kräftigt das Zugeständnis.

Die japanischen und englischen Imperialisten, die zugeben mußten, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Kommunisten Vertrauen entgegenbringt, wollten sich dafür rächen, indem sie die Dumamitglieder festnahmen, um mit ihnen ebenso zu verfahren, wie ihre Kumpane in Kem mit den Sowjetmitgliedern verfahren sind; sie werden beweisen wollen, daß mit Hilfe der Bajonette aus der Mehrheit der Kommunisten eine Minderheit gemacht werden kann.

Jeder sieht ein, daß sie sich damit in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen; sie werden von den Arbeitermassen Sibiriens gehaßt und können sich nur mit Hilfe der rechten Sozial-Revolutionäre, der Kadetten und anderer Bourgeoisparteien auf sibirischem Boden halten. Indessen, der revolutionäre Sturm, der unsere Kräfte verzehnfacht, wird sie hinwegfegen und dem Kommunismus dauernden Sieg sichern.

*

Der Räteregierung kommen im Osten zwei Vorgänge zu Hilfe: Die Weigerung der Chinesen an der Intervention und arge Unstimmigkeiten zwischen den „Befreiern" Sibiriens. Wir verzeichnen hierüber folgende Meldungen:

Reuter meldet aus Archangelsk vom 18. August: Die alliierten Streitkräfte sprengten die Flußflottille der Bolschewisten auseinander. Die „Times" meldet aus Petersburg: Die Chinesen verhandeln noch über die Verpflichtung, an der japanischen Expedition nach Sibirien teilzunehmen und suchen sich dieser ihnen auferlegten Pflicht zu entziehen, aber sie sind durch militärisches Uebereinkommen zu dieser Teilnahme verpflichtet. Die chinesische Regierung hat in ihrer Note vom 21. Juli zugegeben, daß die Lage an der Grenze ernst sei. In ihrer Antwort vom 11. August hat darauf die japanische Regierung auf der militärischen Hilfe Chinas auf Grund des Abkommens bestanden. Darauf hat die chinesische Regierung, die Notwendigkeit der Intervention anerkennend, eine zehntägige Frist verlangt. Japan fand aber eine Verzögerung unverantwortlich und **sandte Truppen von der Mandschurei nach der Grenze. China leugnet nun seine frühere Anerkennung des ernsten Grenzzustandes und daß eine Expedition überhaupt notwendig sei.**

Reuter meldet aus Wladiwostok: General Pleckow hat im Namen des Generals Horvath einen Staatsstreich unternommen und eine Proklamation veröffentlicht, in der er erklärt, **die russischen Streitkräfte im fernen Osten stehen nunmehr unter meinem Befehl.** Die sibirische Regierung hat eine **Gegenproklamation** veröffentlicht, in der sie **verschiedene Anklagen** gegen Horvath erhebt. Die russischen Freiwilligenstreitkräfte sind zu Horvath übergelaufen. Die Konsuln der Verbündeten beraten über die Lage.

Die japanischen Unruhen

haben eine Reihe Opfer gekostet, da die Truppen eingriffen. In Moji unternahm die hungernde Bevölkerung einen Angriff auf die Läden, worauf Truppen einschritten. 300 Bergleute forderten in einer Zusammenkunft eine Herabsetzung der Reispreise; nach Reutermeldungen sollen sie dann die städtischen und Polizeibureaus „angegriffen" haben. Es kam zum Kampf, der die ganze Nacht dauerte und bei dem 50 Personen getötet wurden.

Großer politischer Prozeß in Chikago.

Ueber 160 Arbeiter auf der Anklagebank.

Wie die Londoner „Times" vom 19. August aus Chikago berichtet, gelangte dort am 17. August ein Gerichtsprozeß zum Abschluß, der seit Anfang April gegen 165 Arbeiter geführt worden war. Der Sachverhalt war wie folgt: Als die Bundesregierung in Washington sich auf den Krieg gegen Deutschland vorbereitete, ließ sie bei revolutionären Arbeitern haussuchen. Auf Grund der Ergebnisse der Haussuchungen wurden 165 Arbeiter verhaftet. Die Anklage behauptete, daß die Verhafteten sich verschworen hätten, die Kriegspläne der Republik zu vereiteln. Besonders erschwerend wirkte der Umstand, daß viele der Angeklagten zur revolutionär-syndikalistischen Organisation der „Industriellen Arbeiter der Welt" (Industrial Workers of the World — I. W. W.) gehörten. Die Gerichtsverhandlungen dauerten über vier Monate und schlossen mit einem Schuldspruch gegen 101 Angeklagte. Ueber die Art und Höhe der Strafen liegt vorläufig keine Meldung vor.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 28. August. (Amtlich.) Im Sperrgebiet westlich Englands wurden von unseren U-Booten 18 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Nach einer Meldung des „Matin" sind infolge der Tätigkeit des durch ein deutsches U-Boot aufgebrachten kanadischen Dampfers „Triumph" bereits zahlreiche Handelsschiffe abgängig.

Kleine Nachrichten.

Die Italiener räumten Valona von der Zivilbevölkerung.

Nach Helsingforser Telegrammen herrscht in den letzten Tagen starke Beunruhigung in der Oeffentlichkeit Finnlands über die außenpolitische Lage wegen Machenschaften der Entente an der Murmanküste.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Lehmann sucht einen Reichskanzler.

Im bekannten alldeutschen Verlag von J. F. Lehmann, München ist eine Schrift des nicht minder bekannten Züricher Pfarrers Bolliger erschienen. Sie heißt: „Deutschland am Scheidewege" und ist ein Schrei nach dem starken Manne. Wie der aussehen muß, schildert der verzückte Priester des Mars in folgender Vision:

Am Reichskanzlerplatz stand ein neuer Mann, **ein Gewaltiger in Generalsuniform und im Stahlhelm, mit Adleraugen und mit grimmig entschlossenem Gesicht.** Und er redete dementsprechend wie einer, der für das Vaterland nicht nur geschwatzt, sondern etwas zu seiner Rettung getan hat. . . . Seine Rede war stark und drohend wie **die Stimme des Löwen im Gebirge.** Zuweilen sausten seine Worte nieder wie Peitschenhiebe, und dann glich der Reichstag einem Aehrenfeld, das der Wind bewegt; **die Herren von der Mehrheit duckten sich unter den Schlägen.** In heiligem Zorn rief er es den Volksvertretern zu: — —

Es folgt nun, von Bolliger verfaßt, der Text der Rede, die der neue Mann zu halten hat. Also: die Rede ist schon da, ein Stahlhelm und eine Generalsuniform werden sich auch beschaffen lassen, es fehlt nur noch der Mann mit Adleraugen und Löwenstimme. Herren mit den entsprechenden Eigenschaften können sich bei Lehmann melden.

Die Anreizpolitik.

Nun verlangen auch die Hausbesitzer schon Anreizpreise, d. h. eine allgemeine Mietsteigerung um 35—40 Prozent. Mit den Folgen einer solchen unerträglichen Belastung finden sie sich mit der bei solchen Auseinandersetzungen beliebten Sorglosigkeit ab, so erklärt Herr Rechtsanwalt Fuhrmann in einem Artikel im roten „Tag": „Im Grunde ist schließlich auch das gewonnene Ergebnis nicht gar so beunruhigend. Der Industriearbeiter wird heute das Zwei- bis Dreifache dessen verdienen, was er vor dem Kriege verdient hatte. Zahlte er früher etwa 25 Mark pro Monat für Stube und Küche, so hätte er jetzt bei zwanzigprozentiger Steigerung etwa 30 Mark zu zahlen. An diesem Unterschied geht er nicht zugrunde, auch wenn nach Friedensschluß der Lohnstand sich erheblich wieder senken sollte, wobei doch nicht daran zu denken ist, daß er auf den Friedensstand wieder zurückkehrt. Was machen 5 Mark Unterschied für den Monatshaushalt dieses Industriearbeiters aus gegenüber den sonst für jedes Lebensbedürfnis gewachsenen Ausgaben? Schlimm bleibt die Sache — das muß zugestanden werden — für den Nächstbeteiligten, den kleinen Beamten. Hier aber wird nur ein winziger Teil des großen Problems der zukünftigen Lebensverhältnisse dieser hart in Mitleidenschaft gezogenen Bürgerschaft berührt. Die Frage der Mietsteigerung ist in diesem Zusammenhange sicher sehr ernst, wenn auch nicht so tragisch und schwer bewertbar, wie etwa die Frage, wie der Briefträger N. N. seinem ältesten Sohne den Einsegnungsanzug oder wenn man das unter zeitigen Verhältnissen für überflüssig hält, wie er ihm den ersten Arbeitsanzug für die Lehre beschaffen soll.

Wenn jeder Apfel schon vor dem Kriege das Dreifache dessen kostete, was sein Preis 10 Jahre früher war, und wenn er jetzt das Zehnfache wie in diesem weiter zurückliegenden Zeitpunkte kostet, warum soll Stube und Küche heute nicht mehr kosten als etwa vor 20—30 Jahren, warum soll der Preis des ersten Lebensbedürfnisses des Kulturmenschen, der Wohnung, nicht endlich einmal einigermaßen angemessen erhöht und in seinem Werte den veränderten Preisverhältnissen anderer Lebensgüter einigermaßen angeglichen werden?" Es fehlte nur noch, daß die menschenfreundlichen Hausbesitzer ebenso wie für den Apfel die zehnfache Preissteigerung für Wohnungen verlangen. Jedenfalls zeigen diese Ausführungen wieder einmal deutlich, wie notwendig der Ausbau des Mieterschutzes ist. Daß die bisherigen Bestimmungen ganz ungenügend zum Schutze der Mieter sind, beweisen die Erfahrungen mit den Forderungen der Hausbesitzer dem aufmerksamen Beobachter täglich.

Ernährungsfragen.

Geflügel nur noch für ganz reiche Leute.

Mit der ersten fleischlosen Woche hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine Hetzjagd der Aufkäufer auf das Hausgeflügel eingesetzt. Im „Berliner Tageblatt" lesen wir darüber:

„Die Geflügelpreise sind plötzlich derart in die Höhe geschnellt, daß das Pfund Huhn im Kleinhandel nunmehr 11,50 bis 12 Mark kostet. Die Preise sind darauf zurückzuführen, daß die Geflügelhändler im ganzen Reiche Aufkäufer herumsenden, die jeden Preis zahlen, den die Bauern verlangen. Der Kleinhändler, der einen zehnprozentigen Aufschlag auf den Einkaufspreis nehmen darf, wird natürlich lieber 10 Proz. von 12 Mk., als von 8 oder 9 Mark nehmen. Wie wir hören, sind schon einige Händler in der Zentralmarkthalle, die allzu hohe Preise für Geflügel nahmen, der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin angezeigt worden. Auch das Kriegswucheramt wird sich mit den hohen Preisen für das Geflügel befassen."

Man wacht, man warnt, wird auch hier und da strafen, im großen und ganzen wird aber alles beim alten bleiben, das heißt, der Wucher und Schleichhandel werden immer größere Orgien feiern.

Das rationierte Königshaus.

Unser Nürnberger Parteiblatt, die „Fränkische Tagespost", schreibt: „Ganz ohne Not hält es die „Münchner Zeitung" für angebracht, die bayerische Welt darauf aufmerksam zu machen, daß das bayerische Königshaus streng nach der Rationierung lebt, obwohl der König in Leutstetten eigentlich Selbstversorger ist. „In manchen wohlhabenden Bürgerfamilien mag der Tisch reicher gedeckt sein, als dies bei der königlichen Tafel der Fall ist." Ein Monarch, der zu den landwirtschaftlichen Produzierenlassern gehört und außerhalb Bayerns noch weit größeren landwirtschaftlichen Besitz hat, aber trotzdem auf das Recht des Selbstversorgers verzichtet und sich der Lebensmittelkarten-Verteilung unterwirft — damit hätte man denn doch nicht kommen dürfen! Die „Münchner Zeitung" weiß so gut wie andere Leute, daß man von den amtlichen Rationen allein nicht leben kann. In

ihrer Angabe liegt also die Behauptung, daß der König mit seiner Familie entweder hungern muß oder daß sein Hofstaat — ohne sein Wissen natürlich — für ihn aufs Hamstern ausgeht. Es wäre ja nicht gerade so zu denken, daß etwa die obersten Kronbeamten mit dem Rucksack ausgehen; auf so plumpe Art machen es die Minister und Bezirksamtmänner auch nicht, und das mag vielleicht der Grund sein, daß sie nicht erwischt werden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 29. August.

Enttäuschte Hoffnungen.

Die neue Erntezeit — hoffnungsvoll hat sie jeder erwartet. In den trübsten Stunden der Uebergangszeit, in den letzten Tagen des Juli und den ersten Tagen des August, als die Not zeitweilig aufs höchste gestiegen war, als die Massen unter dem Lebensmittelmangel aufs stärkste zu leiden hatten, da tröstete man sich mit dem Gedanken: Ende August spätestens, dann wird es etwas besser werden. Dabei werden die Küchenzettel immer magerer. Beim Brot fehlen immer noch 100 Gramm an der alten Ration. Kartoffeln gibt es zwar 7 Pfund, wer aber das Unglück hat, einen Teil angefaulter zu bekommen, muß erst manchen Weg machen, um Ersatz für die schlechten zu erhalten. Nährmittel gibt es entweder garnicht oder in solch geringen Mengen, daß bald keine Familie etwas damit anzufangen weiß. Brotaufstrichmittel gibt es überhaupt nicht. Beklagt man den Mangel an allem, verweist man auf die reichliche Zufuhr von Gemüse. Das soll alles ersetzen, — auch den Brotaufstrich, meinte eine Arbeiterin, die sich bei ihrer Kriegsarbeit mit trockenem Brot begnügen mußte.

Eßt Gemüse! Diese Mahnung können viele der Preise wegen nicht so befolgen, wie es vielleicht erwünscht ist. Trotz des reichsten Segens nicht. Die Gemüsebauern machen glänzende Geschäfte. Wie das „Altonaer Tageblatt" mitteilte, bringt der Erlös einer einzigen Kohlernte den ganzen Preis des damit angebauten Landes auf. Ist es nötig, daß die amtlich beliebte Preispolitik den Gemüsebauern solch ungeheure Gewinne sichert auf Kosten der hungernden Stadtbevölkerung? Und worin soll das Gemüse gekocht werden? Natürlich in Wasser, denn Fett fehlt ja gänzlich. Angesichts solcher Zustände müssen mehr Nährmittel herausgegeben werden. Es muß für Brotaufstrich gesorgt oder der Kauf von Obst in Mengen von 20 bis 30 Pfund freigegeben werden. Muß denn unter allen Umständen alles erst durch den Großhandel laufen und bedeutend verteuert werden?

Das Volk hofft auf mehr Rechte, hofft auf bessere Ernährung. Sorge man dafür, daß nicht auf allen Gebieten Enttäuschungen sich einstellen.

Bescheidenheit ist eine Zier . . .

Gegenwärtig wird wieder der Kampf um die Erhöhung der Milchpreise geführt. Für Groß-Berlin ist er ja bereits zugunsten der Produzenten entschieden. Ob bei der Abwälzung der Erhöhung auf die Butterkonsumenten eine bessere Verteilung der Lasten erreicht wird, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls ist die Preisgestaltung dadurch um ein gut Teil unübersichtlicher geworden.

Begründet wird die Forderung höherer Preise natürlich mit den gestiegenen Unterhaltungskosten und dem bekannten Anreiz durch bessere Preise, ohne den eben auch die Kühe keine Milch mehr geben wollen. Der Geschäftsführer des Meiereiverbandes für Südschleswig, Georgs-Kiel, hat, nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung", über die gegenwärtige Lage der Milchwirtschaft erklärt, „daß vom 1. Oktober dieses Jahres mit einer Erhöhung der Milch- und Butterpreise um 25 Prozent zu rechnen ist", d. h. also, daß die Milchpreise, die jetzt schon mehr als das Doppelte des Friedenspreises erreicht haben, insgesamt eine Erhöhung um 150 Prozent erfahren.

Von Interessentenseite wird mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß die Verbraucher „gern das Doppelte und Dreifache des heutigen Preises zahlen würden", wenn sie überhaupt Milch bekämen. Gegen solche Argumentierung kann gar nicht nachdrücklich genug protestiert werden, denn es ist eine ganze falsche Fragestellung. Wenn man heute den Verbraucher fragt: „Willst du keine Milch oder Milch für zwei Mark je Liter," so hat man ihm die Entscheidung ja schon vorweggenommen, er antwortet dann natürlich, daß er lieber ein Liter Milch als gar keine Milch haben will. Die Frage ist nur, ob die nicht zu den Wohlhabenden zu rechnenden Schichten eine solche Neubelastung des Konsums überhaupt ertragen können, ob nicht die Ernährung des Nachwuchses und der Kranken unter dieser ewig erneuerten Anreizpolitik allzu stark leidet. Das sollten sich diejenigen, die über die Frage zu entscheiden haben, gründlich überlegen.

Das Frage- und Antwortspiel

„Wird beschlagnahmt?" — „Es wird nicht beschlagnahmt," zwischen den Partnern Verbraucher und Reichsbekleidungsstelle hat natürlich findige Mitbürger veranlaßt, sich die Ungewißheit und Unsicherheit zu nutze zu machen: Angebliche Kontrolleure der Reichsbekleidungsstelle oder der Gemeindebehörden suchen die Familien auf und nehmen den Bestand an Männerkleidung auf — allem Anschein nach handelt es sich um die Auskundschaftung von Gelegenheiten zu Einbrüchen. Die Leute wollen sich wohl vorher vergewissern, ob die Bestände auch die Mühe und das Risiko des Einbruches lohnen. Jedenfalls sind diese Herrschaften die einzigen, die aus der gegenwärtigen Lage Nutzen ziehen.

Eine höchst zeitgemäße Erwerbsquelle hat ein anderer Menschenfreund erschlossen. Die Strumpffrage bereitet mancher Hausfrau, namentlich derjenigen, die nicht große Vorräte gehamstert haben, schwere Sorge. Wie soll man die mürben Stoffe immer wieder ausbessern, bei dem Mangel an Stopfmaterial (auch Seide, die sonst als Lückenbüßer herhalten mußte, ist kaum noch zu haben) wieder und wieder tragfähig machen? Da findet natürlich ein Inserat, das unter der Ueberschrift „Kein zerrissener Strumpf mehr" in den Tageszeitungen erscheint, aufmerksame Leser und mancher mag die verlangten 2,10 Mark für „ausführliche Anleitung" eingesandt haben. Aber wie lang mögen wohl die Gesichter gewesen sein beim Empfang der ausführlichen „Anleitung", einer hektographierten Karte mit dem Befehl: „Gehe barfuß!" Ob die Reichsbekleidungsstelle wohl sehr erbaut ist von dieser freiwilligen Mitarbeit?

Die Versorgungsgesetze, wie sie heute gelten.

Das militärische Rentenverfahren ist verhältnismäßig jung; die heute gültigen Versorgungsgesetze wurden erst in den Jahren 1906 und 1907 geschaffen: das Mannschaftsversorgungsgesetz am 31. Mai 1906, das Militärhinterbliebenengesetz am 17. Mai 1907. Sie sind durchwegs eingestellt auf den militärischen Dienstgrad, nicht aber auf die Stellung des Kriegsbeschädigten im bürgerlichen Leben. Die Rentenversorgung eines Kriegsbeschädigten tritt erst dann ein, wenn und solange seine Erwerbsfähigkeit um mindestens ein Zehntel infolge einer Dienstbeschädigung eingeschränkt ist. Das Entscheidende ist also, daß die militärische Stelle anerkennt: die Gesundheitsschädigung ist infolge einer Dienstverrichtung eingetreten oder durch einen Unfall während der Dienstleistung verursacht, oder sie wurde durch die dem Militärdienste eigentümlichen Verhältnisse hervorgerufen oder verschlimmert.

Wenn nun auch vorgeschrieben ist, daß der vorher ausgeübte Beruf des Kriegsbeschädigten bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit zu berücksichtigen ist, so genügt das bei weitem nicht, weil die unzähligen Abstufungen der verschiedenen Berufe auch bei wohlwollendstem Vorgehen der Militärbehörden nicht genügend berücksichtigt werden können. Dies hat eben seinen Grund darin, daß die Zuerkennung der Rente nach dem Dienstgrade und die damit vorgeschriebne Grenze nach oben eine entsprechende soziale Bemessung der Rente unmöglich macht, ein Mangel, dem aber wohl in absehbarer Zeit durch die Gesetzgebung abgeholfen werden wird.

Der amtliche Kriegsbericht.

Fortdauer der Kämpfe.

Schwere Angriffe des Gegners abgeschlagen.

WTB. Großes Hauptquartier, 29. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Auf dem Schlachtfelde südöstlich von Arras brach am frühen Morgen bis südlich der Scarpe ein englischer Angriff im Feuer zusammen. Am Nachmittag nahm der Feind seine Durchbruchsversuche mit neuer Wucht wieder auf. Zwischen Scarpe und Sensee bach setzte er fünfmal zum Angriff an. Pommersche und westpreußische Regimenter brachen auch gestern wieder den Ansturm des Feindes. Durch flankierendes Feuer ihrer Artillerie wirksam unterstützt, warfen sie jedesmal den Feind wieder zurück. Boiry-Notre Dame war Brennpunkt erbitterter Kämpfe. Dreimal wurden die Trümmer des Ortes im Gegenstoß dem Feind wieder entrissen. Bei erneutem feindlichen Angriff am Abend blieb der Ort in Feindeshand. Der Hauptstoß des englischen Angriffes traf württembergische Regimenter beiderseits der Straße Arras—Cambrai. Siebenmal stürmte der Feind vergeblich an. Panzerwagen fuhren auf und neben der Straße immer wieder von neuem heran. In tiefer Gliederung folgte die Infanterie. Sie blieb im Feuer unserer Maschinengewehre und in vorderster Linie auffahrender Geschütze liegen. Wo der Feind in unsere Stellungen eindrang, warf ihn unser Gegenstoß wieder völlig zurück.

Südlich von Croisilles und südöstlich von Mory wurden englische Angriffe abgewiesen. Südwestlich von Bapaume keine Infanterietätigkeit. Auf der Sadt lag schweres englisches Feuer. Bei den Kämpfen am 27. 8. um Tilloy tat sich das Infanterie-Regiment 208 besonders hervor. Seine 9. Kompanie hielt den Westrand des Ortes, obwohl sie durch feindliche Angriffe nördlich von ihm im Rücken bedroht war, bis zur letzten Patrone und dann mit dem Bajonett. Auf selbständigen Entschluß kam ihr die 3. Kompanie desselben Regiments zu Hilfe und warf den Feind aus dem Orte wieder hinaus.

Nördlich der Somme erneuerte der Feind am frühen Morgen seine Angriffe zwischen Flers und Curlu. Bei Hardecourt brach er in unsere Linien ein. Im Gegenangriff warf ihn das Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2 unter Führung seines Kommandeurs Major Otto im Verein mit hessischen Kompanien wieder zurück.

Zwischen Somme und Oise blieben Vortruppen vor unseren neuen Stellungen in Gefechtsfühlung mit dem Feinde, der am 27. 8. nur zögernd, gestern schärfer über Dompiere-Bellay-Mesle-Beautieu-Sinzoy folgte. Sie zwangen ihn mehrfach zu verlustreichen Angriffen und wichen dann aus.

Südwestlich von Noyon griff der Feind nach stärkster Feuervorbereitung unsere alten Linien an; sie waren von uns nicht mehr besetzt. Noyon lag unter schwerstem Feuer der Franzosen. Die Stadt liegt vor unserer Kampffront.

Nördlich der Aisne nahm der Franzose unter Heranziehung von Amerikanern seine Angriffe wieder auf. Unter schweren Verlusten wurden sie abgewiesen. Im Paslу-Tal schlugen Kavallerie und Schützenregimenter fünfmal den Ansturm des Feindes zurück Mehrere Panzerwagen wurden zerschossen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

* **Aus Anlaß vielfachen Mißbrauchs der Feldpost** wird erneut darauf hingewiesen, daß nur Heeresangehörige Anspruch auf die Gebührenfreiheiten und Vergünstigungen im Feldpostverkehr genießen und auch nur für Sendungen in ihren Privatangelegenheiten, nicht in ihren gewerblichen Angelegenheiten. Den Angehörigen des Heeres gleich steht das Personal der deutschen Landesvereine vom Roten Kreuz und der ihnen gleichzuachtenden Orden und Gesellschaften, soweit es in der freiwilligen Krankenpflege auf dem Kriegsschauplatze wirklich tätig ist, also nicht auch bei ständigem oder vorübergehendem Aufenthalt in der Heimat. Die Portovergünstigungen gelten nicht im Ortsverkehr und nicht für Zivilbeamte der Militärverwaltung, sofern ihnen nicht die Eigenschaft als Militärbeamte zugesprochen worden ist.

Es wird dringend davor gewarnt, Briefsendungen zur Erlangung der damit verbundenen Gebührenvergünstigungen unrechtmäßigerweise mit dem Vermerk „Feldpostbrief" zu versehen. Die Postverwaltung leitet in allen zu ihrer Kenntnis kommenden Fällen dieser Art gegen die Absender das Strafverfahren wegen Portohinterziehung ein.

Strömender Regen ist in diesem merkwürdigen Sommer eine ständige Erscheinung geworden. Auch heute vormittag fließt das himmlische Naß wieder in einer Weise, als ob Jupiter Pluvius die reife Saat und die reifenden Feldfrüchte durch eine Sintflut vernichten wollte. Es wird hohe Zeit, daß mit dem Regen für längere Zeit Schluß gemacht wird.

„Früher war ich selbst ein starker Stotterer," diesen Satz findet man häufig in den Werbedruckschriften gewisser „Direktoren" und sonstiger angeblich Sprachheilkundiger. In Wirklichkeit ist diese Angabe meist unwahr. Sie soll nur dazu dienen, Vertrauen bei den Stotterern zu erwecken und sie zur Anschaffung von zwar recht teuren, aber völlig wertlosen Apparaten anzureizen. Unter denen, die solche Apparate in den Verkehr bringen, ist noch immer Ludwig Warnecke mit an erster Stelle zu nennen. Vor ihm und seinen Zunftgenossen muß nach wie vor dringend gewarnt werden. In Zweifelsfällen wende man sich an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, die einen jeden gern mit Rat und Tat unterstützt.

Die Einzahlungen auf das Konto „Vereinslazarettzug N 1" bei der Spar- und Anleihekasse lassen noch zu wünschen übrig. Noch müssen 10 000 Mark aufgebracht werden. Muß bei einer verhältnismäßig so geringen Summe jeder, der zahlen kann, erst durch besondere Werbeschreiben an seine Pflicht gemahnt werden? Lübeck hat nicht schwer durch den Krieg gelitten. Da ist es auch Ehrensache, daß jeder, der dazu in der Lage ist, sich an einer Sammlung wie die für den Lazarettzug beteiligt.

Livland-Estland-Ausstellung. Wie wir bereits mitteilten, werden bei Gelegenheit der Livland-Estland-Ausstellung, die vom 6.—15. September hier in Lübeck in der Katharinenkirche gezeigt werden soll, eine Reihe fesselnder Vorträge gehalten werden, die dazu beitragen sollen, die Kenntnis von Land und Leuten im Baltenlande zu vertiefen. Es sind fast ausschließlich baltische Redner, die dafür gewonnen sind. So wird am Sonnabend, dem 7. September, Stadtprobst Erdmann aus Riga über „Baltisches Luthertum im Kampfe mit russischem Staatskirchentum" sprechen. Am gleichen Abend spricht Baron Stael von Holstein aus Reval über ein noch zu bestimmendes Thema. Am Montag, 9. September findet ein Lichtbildervortrag des Architekten Pirang aus Riga statt. Dieser wird das baltische Städtebild behandeln. Am 12. September wird Oberpastor Keller aus Riga über das „Baltentum und Lettentum" sprechen. Am gleichen Abend wird dann der Syndikus der Lübecker Handelskammer Dr. Wallroth die moderne wirtschaftliche Bedeutung des Baltenlandes behandeln.

* **Kartoffeldiebe.** Festgenommen wurden drei in Kücknitz im Schlafhaus wohnende Personen wegen Kartoffeldiebstähle.

* **Wegen gewerbsmäßiger Unzucht** und Diebstahls wurden zwei Arbeiterinnen festgenommen.

* **Wegen Vergehens** gegen die Bundesratsverordnung, betr. Ausführung von Lebensmitteln wurden zwei hiesige Händler zur Anzeige gebracht.

* **Wegen Entwendung von Obst** wurden 6 Personen zur Anzeige gebracht.

* **Schwerer Diebstahl.** Nach Ausführung eines schweren Diebstahls wurde in der Nacht zum 28. ds. Mts. in Schlutup ein mit Zuchthaus vorbestrafter Schlosser festgenommen. Sein Komplice hatte die Flucht ergriffen, wurde aber in der Person eines hier wohnenden Landsturmmannes ermittelt.

* **Wegen Fahrgeldhinterziehung** zum Nachteil der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft wurde ein hier wohnhaftes Kinderfräulein zur Anzeige gebracht.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Mittwoch abend rangen Markussen (Weltmeister) gegen Eimcke (Ostpreußen), Sieger: Markussen, 1 Min. 30 Sek. — Elliot (Schweiz) gegen Winzer (Hamburg), Sieger: Elliot, 6 Min. — Krawatzki (Polen) gegen Saurer (Bayern), Sieger: Saurer, Gesamtzeit 39 Min.

Hamburg. Mit dem Aktionsprogramm der Partei beschäftigte sich Dienstag die Landesversammlung der Hamburger Sozialdemokratie. Nach einem Referat des Genossen Paeplow und einer Debatte, an der sich die Genossen Große, H. Stubbe, Perner und Gruenwald beteiligten, erklärte sich die Versammlung mit dem Inhalt des Aktionsprogramms einverstanden und ersuchte den Parteivorstand, das Programm so bald als möglich in Aktion zu setzen. — Raubmordversuch. Am Dienstag abend ist in dem Laden der Frau Kaminer, Kaiser-Wilhelm-Straße 60, ein Raubmordversuch verübt worden. Als die Frau um 6½ Uhr sich vom Laden nach einem Kellerraum begeben wollte, betrat ein etwa 17jähriger Mensch den Laden und feuerte auf die Frau einen Revolverschuß ab, ohne sie jedoch zu treffen. Als die Frau laut um Hilfe rief, ergriff der Bursche die Flucht und entkam. — Ertrunkener Ewerführer. Der Ewerführer G. Wesselmann ist am Dienstag abend, als er am Brooktorhafen mit seiner Schute anlegen wollte, ins Wasser gefallen und ertrunken.

Hamburg. Ausdehnung der Staatswirtschaft. Der Senat der Stadt Hamburg hat an das dortige Parlament den Antrag gerichtet, für das Hamburgische Kriegsversorgungsamt weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. In der Begründung des Antrages heißt es: „Bei der Notwendigkeit, die staatliche Bewirtschaftung auf immer weitere Gegenstände des täglichen Lebens auszudehnen, insbesondere infolge der Notwendigkeit, für den kommenden Winter wieder größere Mengen Bedarfsgegenstände einzulagern, sind die bisher bewilligten Mittel von 40 Millionen Mark nicht ausreichend. Das Amt benötigt insbesondere jetzt für die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und Schuhzeug weiterer Mittel." Bemerkenswert ist, daß die im diesjährigen Staatshaushaltsplan für unvorhergesehene Ausgaben eingestellten 5 Millionen Mark bereits verbraucht sind, und daß der Senat für diesen Zweck weitere drei Millionen Mark fordert. — Lohnbewegung der Straßenbahner. Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Angestellten der Hamburger Straßenbahn und der Hamburg-Altonaer Zentralbahn beauftragten in verschiedenen Vertrauensmänner- und Betriebsversammlungen die Leitung des Transportarbeiter-Verbandes, den Direktionen der Gesellschaften ihre in den betreffenden Versammlungen erörterten Forderungen und Beschwerden in einer Eingabe zu unterbreiten. Die hauptsächlichsten Forderungen sind die folgenden: 1. Die Anfangsgehälter der Führer und Schaffner werden auf 182 bezw. 172 Mark monatlich erhöht. Die Gehälter der weiblichen Angestellten werden für die Führerinnen auf 168 Mk. und für die Schaffnerinnen auf 158 Mk. monatlich festgesetzt. Diese Sätze gelten nur als Mindestgehalt, das sich bei jedem Dienstjahre um 84 Mk. erhöht, bis nach 10 Dienstjahren das Höchstgehalt erreicht ist. Ferner wird gefordert, für das männliche Reservepersonal während der Probedienstzeit ein Monatsgehalt von 172 Mk. und für das weibliche Reservepersonal ein solches von 158 Mk. monatlich. Für Ueberstunden wird für die Führer und Führerinnen eine Extravergütung von 1 Mk. und für Schaffner und Schaffnerinnen eine solche von 80 Pfg. für die Stunde verlangt und für den Dienst an Ruhetagen ein Aufschlag von 3 Mk. statt bisher 1 Mk. 2. Die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit wird für Führer und Führerinnen auf 8, für Schaffner und Schaffnerinnen sowie für das technische Personal auf 9 Stunden festgesetzt. Weitere Forderungen betreffen die Auszahlung in Lohntüten, freie Lieferung von Uniformen und Schuhzeug, Abschaffung der Geldstrafen und der Zurückversetzung in niedrigere Lohnklassen, Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Gehaltes für männliche und weibliche Angestellte und Wahl eines Arbeiterausschusses, zu dem alle volljährigen Angestellten beiderlei Geschlechts wahlberechtigt und wählbar alle seit mindestens einem Jahre dauernd bei der Gesellschaft Beschäftigten sein sollen. Die Direktion der neuen Hochbahn-Gesellschaft, der die Eingabe von der Straßenbahngesellschaft überwiesen wurde, hat geantwortet, daß sie demnächst darauf zurückkommen werde.

Lüneburg. Ein „fetter" Einbruch bei Schäfer Ast beschäftigte die Ferienstrafkammer. Der Knecht Lehmann des bekannten „Wunderdoktors" Ast in Radbruch verriet den Schrankenwärtern Meyer und Angermeyer, daß Ast nicht weniger als sieben Schweine geschlachtet habe und daß er wisse, wo die Fleischwaren aufbewahrt würden. Die drei Spießgesellen verübten dann bei Ast einen Einbruchsdiebstahl, bei dem sie u. a. 40 bis 50 Würste, Schinken und Wein stahlen. Gegen Meyer, den Haupttäter, konnte nicht verhandelt werden, da er inzwischen eingezogen ist. Lehmann wurde zu acht Monaten und Angermeyer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Oldenburg. Automobilunfall des Großherzogs von Oldenburg. Das Auto des Großherzogs von Oldenburg glitt auf der Fahrt von Oldenburg nach Rastede beim plötzlichen Ausweichen vor einem gefallenen Radfahrer auf der schlüpfrigen Landstraße seitwärts und erlitt einen heftigen Anprall. Dabei wurde der Großherzog verletzt. Besinnungslos wurde er in das Garnisonlazarett gebracht, wo der Bruch von zwei oder drei Rippen festgestellt wurde. Später wurde der Großherzog im Krankenautomobil nach seiner Sommerresidenz Rastede gebracht.

Bürgertafel.

Als lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Arbeiter Ahrens, Kalkulator und Vorsteher Borchert, Schiffer Buchner, Arbeiter Bentien, Eisenbahn-Assistent Dahmlos, Arbeiter Denzin, Lokomotivführer Evers, Arbeiter Falk, Maurerpolier Förster, Arbeiter Frederich, Arbeiter Gaszow, Arbeiter Holm, Schuhmacher Kähler, Seemaschinist Kiesewetter, Hafenmeister a. D. Krefft, Träger Kröplin, Arbeiter Kruse, Tischlergeselle Ludwig, Träger Möllermann, Gärtnergehilfe Oldenburg, Wächter Pingel, Kaufmann Roehrich, Architekt Schmidt, Werkmeister Siewert, Geschäftsreisender Suhrojer, Kaminspektor Taht, Tischlermeister Wängler, Kaufmann Waller, Hafenarbeiter Westphal.

Für unsere Feldgrauen.

Zurückziehung von Krankenträgern.

Krankenträger der Truppen und Sanitätskompagnien, die als letzte Söhne, als Väter zahlreicher Kinder usw. aus der vordersten Linie herausgezogen werden, dürfen im Bedarfsfalle ohne weitere Lazarettausbildung als Militärkrankenwärter bei Krankentransportabteilungen verwendet werden.

Heiratserlaubnis für Internierte.

Die Befugnis zur Erteilung der Heiratserlaubnis gemäß Ziffer 7 der Heiratsverordnung für kriegsgefangene und in neutralen Ländern internierte Unteroffiziere und Gemeine des Friedensstandes des preußischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeres, ist den Vertretern des Kriegsministeriums in Kriegsgefangenenangelegenheiten bei den Kaiserlich Deutschen Gesandtschaften in Bern, im Haag und in Kopenhagen für die in der Schweiz bezw. Holland und Dänemark oder Norwegen befindlichen Mannschaften übertragen worden.

Bergelöhne bei der Marine.

Das im Schauplatz der Seekriegsunternehmungen, insbesondere im Sperrgebiet triftige oder an der belgischen Küste angetriebene Gut wird mit der Bergung Eigentum des Reiches. Die Hauptvermittelungsstellen teilen die Meldung über die Bergung der nächstgelegenen Marine-Versorgungsstelle oder Werft zu. Diese haben mit möglichster Beschleunigung eine Wertabschätzung des geborgenen Gutes vorzunehmen. Zur Verteilung als Bergelohn sind jeweils **10 Prozent** der bei der Vermittelungsstelle eingegangenen Werte bereitzustellen. Bei der Verteilung der Bergelöhne sind die Umstände des einzelnen Falles, insbesondere die mit der Bergung verbundenen außergewöhnlichen Anstrengungen und Gefahren, entsprechend zu berücksichtigen.

Die Dienstzeit in der freiwilligen Krankenpflege.

In einem Schreiben des Kriegsministers vom 22. Juli 1918 heißt es: „Eine Anrechnung der in der freiwilligen Krankenpflege verbrachten Dienstzeit auf die Heeresdienstzeit kann nicht stattfinden, da freiwillige Krankenpfleger keine Heeresangehörigen sind. In der gleichen Lage befinden sich zum Beispiel die Munitionsarbeiter. Aus den vorangegebenen Gründen müssen auch Eintragungen in das Soldbuch, den Paß und Nationale unterbleiben. Im weiteren heißt es, daß die bisherigen Entlassungsbestimmungen nur für die Heeresangehörigen gleicher Jahrgänge gelten. Freiwillige Krankenpfleger sind Vertragsangestellte; sie fallen also nicht unter diese Bestimmungen. Gegenwärtig schweben jedoch Erwägungen darüber, ob es sich vom Standpunkt der freiwilligen Krankenpflege und ihrer Aufgaben nicht ermöglichen läßt, auf Grund gegenseitiger Uebereinstimmung das für Kriegsdauer eingegangene Vertragsverhältnis zu lösen."

Die Frage ist akut geworden, als der Jahrgang 1869 entlassen wurde und nun auch die ebenso alten Angehörigen der freiwilligen Krankenpflege ihre Entlassung haben wollten. Soweit sie sich auf Kriegsdauer verpflichtet hatten, war die Entlassung nicht möglich, es steht aber zu hoffen, daß die Lösung der Verträge sich ermöglichen läßt. Der Vergleich mit den Munitionsarbeitern stimmt schon deshalb nicht, weil die Löhnung der freiwilligen Krankenpfleger vom Kriegsministerium festgesetzt wird, außerdem stehen sie bezüglich der Versorgung den im selben Range befindlichen Personen des Soldatenstandes gleich. Alles das trifft auf die Munitionsarbeiter, die freie Arbeiter sind, nicht zu. Daß den Angehörigen der freiwilligen Krankenpflege die geleistete Dienstzeit nicht als Heeresdienstzeit angerechnet wird, ist eine Härte, die zu beseitigen dringende Erfordernis ist. Es kann der Fall eintreten, daß ein Mann vier Jahre im Felde bei der freiwilligen Krankenpflege tätig war, er wird jetzt für die Truppe gemustert und nun wird ihm die geleistete Dienstzeit im Kriege nicht als solche angerechnet und er muß schließlich seine volle Dienstzeit bei der Truppe ableisten, auch wenn der Krieg in Kürze zu Ende sein sollte. Bei der Entlassung nach dem Kriege ist das für viele Leute von der größten Bedeutung, sodaß hier rasch bestimmte Grundsätze aufgestellt werden müssen.

Rückkehr Kriegsgefangener aus Rußland.

Die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland verzögert sich über Erwarten ziemlich lange. Zu einem geordneten Austauschverfahren ist es überhaupt nicht gekommen, denn die russische Regierung ließ den Gefangenen bei Friedensschluß verkünden: Ihr seid frei — und überließ sie dann ihrem Schicksal. Die Gefangenen marschierten nun, gemeinsam mit russischen Soldaten und polnischen Flüchtlingen nach dem Westen. Es war ein kunterbuntes Bild, das sich bot, wenn ein solcher Zug an den deutschen Linien anlangte, die zurückkehrenden deutschen Soldaten trugen vielfach russische Uniformen, manche steckten in geradezu abenteuerlichen Kostümen, Papiere hatten sie selbstverständlich nicht und so griff man, um das Einschleichen von Spionen zu verhüten, zu dem Mittel der einstweiligen Internierung. War die Identität des einzelnen festgestellt, dann kam er zu einem Ersatztruppenteil und erhielt zunächst acht Wochen Urlaub. Die Hoffnung, der weiteren Teilnahme am Krieg enthoben zu sein, erfüllte sich leider nicht, denn mit dem Friedensschluß mit Rußland konnte über die Zurückgekehrten frei verfügt werden.

Die deutsche Regierung schickte bei Abschluß des Friedens sofort Kommissionen in die einzelnen russischen Gouvernements, die mit Geld, Medikamenten und Kleidungsstücken reichlich versehen, die Not der Gefangenen lindern sollten. Als diese Kommissionen aber eintrafen, war schon alles im Fluß, sodaß sie ihre Mission nur mangelhaft erfüllen konnten. In Sibirien mußten sie, infolge der Bewegung der Tschecho-Slowaken, ihre Tätigkeit überhaupt einstellen, die vorhandenen Mittel sind dort neutralen Kommissionen übergeben worden, denen auch Schwestern vom deutschen Roten Kreuz angehören. Ein Teil der Kriegsgefangenen dürfte auch in den russischen Städten lohnende Beschäftigung gefunden haben und vorerst dort bleiben. Andere wieder befinden sich in Gebieten, mit denen keinerlei Verbindung besteht, wie der Postverkehr mit Rußland überhaupt alles zu wünschen übrig läßt. Wenn daher von einem Gefangenen seit geraumer Zeit kein Lebenszeichen in die Heimat gelangt ist, so ist das an sich für die Angehörigen noch kein Grund zu schlimmen Befürchtungen. Im Laufe der Monate werden Tausende wieder auftauchen, die man bereits für verloren hielt. — Aus Rumänien sind alle Gefangenen — bis auf eine Anzahl Kranker, die noch in rumänischen Lazaretten liegen und noch nicht transportfähig sind — zurückgekehrt. Allerdings haben dort viele, weil es an jeder Fürsorge fehlte und die Behandlung häufig direkt brutal war, ihr Leben in der Gefangenschaft eingebüßt.

Die Einziehung der Heeresunwürdigen.

Gegenwärtig werden die mit Zuchthaus bestraften Personen, soweit sie noch im wehrpflichtigen Alter stehen, zum militärischen Arbeitsdienst eingezogen. Ohne Härten und ohne Mißgriffe, die mitunter recht verhängnisvolle Folgen haben können, wird es dabei nicht abgehen. Deshalb ist es von Wert, einmal festzustellen, daß nach den Ausführungsbestimmungen von der Heranziehung zum militärischen Arbeitsdienst verschont werden sollen alle Leute, die seit längerer Zeit ein geregeltes Leben führen und nutzbringende Arbeit verrichten. Wer also vor Jahren einmal mit Zuchthaus bestraft wurde, sich aber seit längerer Zeit gut geführt hat und sich in fester Stellung befindet, der soll nicht eingestellt werden. Erhält er dennoch eine Gestellungsordre, dann verfährt er am besten so, daß er dem Bezirkskommando die Unterlagen dafür beibringt, daß auf ihn die Voraussetzungen für die Nichteinstellung zutreffen. Beharrt das Bezirkskommando auf seinem Bescheid, dann ist die Beschwerde an das Generalkommando zulässig; diese Beschwerde hat aber keine aufschiebende Wirkung. — Das ganze Gesetz ist eigentlich kein militärisches, sondern ein reines Polizeigesetz, das die Möglichkeit bieten soll, ehemalige Zuchthäusler, die jetzt dem Eigentum besonders gefährlich sind, dingfest zu machen, nachdem die Schutzhaft jetzt gegen diese Elemente nicht mehr angewendet werden kann. Gerade weil es sich aber um ein polizeiliches Gesetz handelt, sind Mißgriffe leicht zu befürchten und deshalb sollte hier besonders hervorgehoben werden, wie solchen Mißgriffen gesteuert werden kann.

Kapitalabfindung für Offiziere.

Die Kapitalabfindung ist auch auf Offiziere ausgedehnt worden. Auch hier kann, genau so wie bei den Mannschaften, nur die Kriegszulage, die Tropenzulage und die Verstümmelungszulage kapitalisiert werden, aber nur auf einen Zeitraum von zehn Jahren und zwar wird der achtfache Jahresbetrag in einer Summe gezahlt. Die Verstümmelungszulage beträgt bei Offizieren 900 Mk., die Kriegszulage bei Stabsoffizieren 720 Mk., bei Subalternoffizieren (Hauptleuten und Leutnants) 1200 Mk. Der Stabsoffizier kann demnach neben seiner Pension eine Kapitalabfindung von 12 960 Mk., der Hauptmann oder Leutnant von 16 810 Mk. erhalten. Nach Ablauf von zehn Jahren kann diese Kapitalabfindung abermals auf einen Zeitraum von zehn Jahren wiederholt werden. Aber auch bei Offizieren wird die Kapitalabfindung nur gewährt zur Ansiedelung oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes.

Beurlaubungen nach Elsaß-Lothringen.

Die einschränkenden Bestimmungen über die Beurlaubung von Mannschaften nach Elsaß-Lothringen sind nunmehr aufgehoben worden; es gelten also auch für Beurlaubungen nach Elsaß-Lothringen künftig die allgemeinen Urlaubsbestimmungen. — Bei Beurlaubung in Orte der Kreise

Kanton Werningen, Kreis Chateau-Salins außer Kanton Albesdorf, Kreis Saarburg außer Kanton Finstingen und Kanton Pfalzburg, Kreis Molsheim, Kanton Barr, Kanton Weiler, Kanton Schlettstadt, außer den Orten Schlettstadt, Ebersmünster, Ebersheim, Kreis Rappoltsweiler, Kreis Colmar außer Kanton Andolsheims und Kanton Neubreisach, Kreis Gebweiler, Kreis Thann, Kreis Mülhausen, Kreis Altkirch

ist jedoch die Zureisegenehmigung der Heeresgruppe Herzog Albrecht — in eiligen Fällen telegraphisch — durch die beurlaubenden Dienststellen einzuholen.

Das fortgesetzte Drängen der Sozialdemokraten im Reichstag war demnach also von Erfolg begleitet. Es darf nun die Hoffnung ausgesprochen werden, daß man die Zureiseerlaubnis für die obengenannten Orte nicht etwa nur deshalb verweigert, weil der Gendarm vielleicht eine ungünstige Auskunft über den Urlauber erteilt. Die Elsaß-Lothringer haben im Kriege ihre Schuldigkeit im vollsten Maße getan, sodaß eine weitere Ausnahmebehandlung völlig ungerechtfertigt wäre.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

An unsere Anzeigenbesteller.

Infolge der stetig wachsenden Unkosten sehen sich die Verleger sämtlicher lübeckischen Tageszeitungen gezwungen,

vom 1. September 1918 ab

eine weitere Erhöhung der Anzeigenpreise vorzunehmen.

Die Aufnahmegebühr in den „Lübecker Volksboten" beträgt von dem genannten Zeitpunkt ab für die einspaltige Petitzeile:

für Anzeigen aus Lübeck und Umgegend . . . 50 Pfg.
für Arbeits- und Wohnungsanzeigen aus dem gleichen Gebiet . . . . 40 Pfg.
für Anzeigen von auswärts, einschließlich Stellen- und Wohnungsanzeigen aus diesen Gebieten 60 Pfg.

Wegen Papiermangel können wir nicht die Gewähr übernehmen, daß der Abdruck der bestellten Anzeigen an einem bestimmten oder vorgeschriebenen Tage erfolgt. Wir müssen uns bis auf weiteres das Recht vorbehalten, ohne Rückfrage bei dem Auftraggeber die Veröffentlichung der Anzeigen um eine oder zwei Nummern zu verschieben.

Lübeck, 29. August 1918.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Wir erhielten am 26. Aug. die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Neffe
Willi Kreutzfeld
im eben vollendeten 21. Lebensjahre am 16. August im Westen gefallen ist.
In tiefer Trauer (4106
Ernst Kreutzfeldt
u. Kindern u. Verwandten.
Elswigstr. 38a.

Federwagen und Gig,
zu Geschäftszwecken passend, preiswert zu verkaufen. (4108
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.

Waschbalge zu kaufen gesucht.
Angeb. unter **K K** an die Exp. d. Bl. (4014

Arbeiter
werden wieder angenommen.
4114) **Brandl,** Jahnstr. 1.

Zum 15. September od. früh. junges Morgenmädchen, am liebsten, das Ostern die Schule verlassen hat. (4116
Mühlenstr. 33, II.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar-Vereins

Mitbürger!
Dein Name darf auf der Sammelliste für den Lübecker
Vereinslazarettzug N 1
nicht fehlen! Dringend nötig sind die Einzahlungen auf Konto „Vereinslazarettzug" bei der (4117
Spar- und Anleihe-Kasse.

„Sozialdemokratische Feldpost"
Das Blatt der organisierten Arbeiter im Felde.
Wer die „Sozi-Feldpost" liest, ist laufend über alles Wichtige unterrichtet, was auf politischem und militärischem Gebiet vor sich geht, welche Entwicklung in Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend- und Bildungsvereinen sich vollzieht, welche Stellung die Arbeiterschaft des Inlandes einnimmt. Daneben wird auch für Unterhaltung reichlich gesorgt.
Sie erscheint am 1. und 15. jeden Monats.
Bezugspreis:
1.— Mk., ins Feld in geschlossenem Umschlag 1 Mk. vierteljährlich.
Verlangen Sie kostenlose Probenummern vom
Verlag für Sozialwissenschaft Berlin SW 68.

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Mitbürger!
Gedenkt unserer tapferen Helden in Afrika!
Gebt deshalb reichlich für die
Kolonial-Krieger-Spende.
Opfertage am 31. August u. 1. September.
Einzahlungen auf Konto: „Kolonial-Krieger-Spende"
bei sämtlichen Banken. 4110

Dreher, Schlosser
zu sofortigem Eintritt gesucht.
Bodstein & Harhorn,
Elmshorn. 4113

Zeitschriften aller Art.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.

Bilderleisten einrahmungen 4112
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Hansa-Theater.
Heute **Donnerstag** ringen:
Sensationell!
Entscheidungskampf
Marcussen Weltmeister gegen **Elliot** Meisterringer der Schweiz.
Ferner ringen:
Winzer, Meisterringer von Hamburg, gegen
Saurer, Meisterringer von Bayern.
4115)
Beide Kämpfe werden bis zur Entscheidung ausgefochten.

Stadthallen-Theater.
Direktion: **Stanislaus Fuchs.**
(4118
Donnerstag, den 29. Aug. 1918:
Ehrenabend zugunsten des Spielleiters
Willy Schweisguth.
Gastspiel von **Max Reichel** vom Karl-Schultze-Theater in Hamburg.
Der Rastelbinder
Operette von Franz Lehár.
Freitag, den 30. August 1918:
Abschieds-Vorstellung für
Else Erler.
Die Schmetterlingsschlacht.
Komödie von H. Sudermann.
Sonnabend, den 31. Aug. 1918
Der Rastelbinder
Operette von Franz Lehár.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Alter weltberühmter
Circus Straßburger
trifft
demnächst
zu kurzem
Gastspiel
in Lübeck ein.
Standplatz:
Auf dem Platze neben der alten Kaserne.
Fackenburger Allee.
Weiteres siehe Inserate.
4107

Nr. 202
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 29. August 1918

Alldeutsche Propaganda in der Schule.

Die Alldeutschen und Vaterlandsparteiler beginnen von neuem eine umfangreiche Propaganda für ihre Ziele. Mit welchen unglaublichen Mitteln sie dabei arbeiten, geht aus einem in der Schule verbreiteten Flugblatt hervor, über das der „Vorwärts" schreibt:

Am 21. August wurde durch die Lehrer des Realgymnasiums in Friedrichshagen an sämtliche Schüler der Lehranstalt ein Flugblatt verteilt, das an innerpolitischer Verhetzung und Brunnenvergiftung einen Rekord aufstellt. Bezeichnenderweise trägt dies Hetzblatt keine Unterschrift des Verfassers, Herausgebers oder Verbreiters, sondern nur die Angabe einer Friedrichshagener Druckerei, in der es hergestellt ist.

Der Sinn des Flugblattes ist der, jedermann, der nicht mit den Zielen der „Vaterlandspartei" einverstanden ist, als vom Feinde bestochen hinzustellen. Am Anfang heißt es in Riesenlettern:

„Mehr als 2 Milliarden Mark, also mehr als 2000 Millionen Mark, haben die Feinde für Bestechungen in Deutschland und Oesterreich bereitgestellt."

Dann weiter unten: „Mit diesen gewaltigen Summen sind Agenten besoldet und mit Geld versehen worden, um in unserer Rüstungsindustrie Streiks und Unruhen hervorzurufen und dadurch unser Heer lahm zu legen. **Zeitungsmänner, Parlamentarier, Regierungsbeamte und sonstige einflußreiche Männer sollen beeinflußt**, wie überhaupt alles mögliche getan werden, den Siegeswillen unseres Volkes niederzuringen und uns dadurch einem uns ungünstigen Frieden geneigt zu machen. Man hat sich gar nicht gescheut, das in breitester Oeffentlichkeit zu erörtern, wohl in der Hoffnung, **daß sich innerhalb unserer Grenzen noch genug Schurken aufhalten, die sich freiwillig** melden, werden, um für einen Judaslohn unser Vaterland zu verraten."

Man sollte meinen, daß ein angeblich „patriotisches" Flugblatt einem solchen Ansinnen der Feinde kräftig entgegentritt — keineswegs, das Flugblatt läßt durchblicken, daß es solcher verräterischer Schurken, „Zeitungsmänner, Parlamentarier, Regierungsbeamte und sonstige einflußreiche Männer" in Hülle und Fülle bei uns gebe, **nämlich alle, die nicht in die Forderung der Vaterlandspartei nach einer Kriegsentschädigung einstimmen.** Alle Einwendungen dagegen werden nämlich als **„schurkische Lügen" abgetan**; und für den unbefangenen Leser, der daraus noch immer nicht den Schluß zieht, daß Scheidemann, Erzberger usw. im Solde Englands stehen müßten, brüllt der Schluß des Flugblattes nochmals in Riesenlettern: **„Denkt an die 2000 Millionen Bestechungsgelder** und helfet, daß der schändliche Plan der Feinde zuschanden werde."

Dieser Fall steht aber keineswegs vereinzelt da. Ein anderer Leser des „Vorwärts" übersendet dem Blatt eine Flugschrift, die sein Sohn aus der Schule mitgebracht hat, und die eine gehässige und verlogene Polemik gegen die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 zum Inhalt hat:

„Die Polemik baut sich auf der albernen Unterstellung auf, die Reichstagsresolution hätte zwar eine wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung der Gegner abgelehnt, lasse aber eine solche Absperrung und Vergewaltigung Deutschlands durch die Feinde ruhig zu. Im Zusammenhang mit dieser Darstellung fällt dann das Wort „Vaterlandsverrat". Das Flugblatt enthält dann u. a. folgende Sätze: „Es darf daher der Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917, die Feinde wirtschaftlich nicht zu vergewaltigen, unter keinen Umständen ausgeführt werden . . .", ferner: „Der Krieg ist also durch den Beschluß der Reichstagsmehrheit nicht verkürzt, sondern unbedingt verlängert worden." (Dieser Satz ist durch Fettdruck und besonders große Lettern hervorgehoben.) Natürlich wird auch hier eine Kriegsentschädigung gefordert und am Schluß verlangt, daß man die Gegner bei Friedensschluß „nicht als ehrliche und anständige Leute behandeln dürfe". Interessant ist, daß auch dieses Flugblatt keinen Verfasser und Verleger, sondern lediglich einen Drucker benennt."

Daß die Schulen augenblicklich mit solchen alldeutschen Flugblättern geradezu überschwemmt werden, darauf läßt ein drittes Flugblatt schließen, das dem „B. T." zugegangen ist. Es ist überschrieben: „Wie schützt man die deutsche Industrie vor der von unseren Feinden beabsichtigten Vernichtung?" und wendet sich ebenfalls gegen die Verständigungspolitik der Reichstagsmehrheit. Dieses Flugblatt wurde in der dritten Vorschulklasse vom Direktor selbst verteilt.

Was sagt der preußische Kultusminister zu diesem politischen Mißbrauch der Schule?

Vergiftung der Kinderseele.

Der „Vorwärts" macht aufmerksam auf eine von Th. Franke in Wurzen verfaßte und im Berliner Lehrerblatt erschienene Hetzschrift, die Lehrern als Vorlage für Sedanreden in Schulen und Jugendheimen dienen soll. Mit Eifer und Fleiß hat Herr Franke alles das einseitig aus der Geschichte zusammengelesen, was zuungunsten des französischen Volkscharakters spricht. Die Kulturleistungen des französischen Volkes sind ihm nicht bekannt, oder er unterschlägt sie absichtlich. Seinem Verhetzungszweck müssen auch die unbewiesensten Hypothesen dienen. So behauptet Herr Franke, daß die Franzosen vor siebentausend Jahren aus Afrika eingewandert wären, sie seien „blutgierige Nordafrikaner, den heutigen Berbern in Marokko und Algier verwandt". Mit genau demselben Rechte wird ein französischer Oberlehrer die Germanen, deren Einwanderung aus Zentralasien eine viel sichere Hypothese ist, als Stammesverwandte der Baschkiren und Tataren bezeichnen. Der Erwachsene lacht, aber das ahnungslose Kind glaubt seinem Lehrer. Uebrigens sollte der Herr Franke von den nordafrikanischen Berbern etwas vorsichtiger sprechen, gehören sie nicht zu unseren islamitischen Bundesgenossen, die Deutschland nach alldeutscher Auffassung von dem französischen Joch zu befreien hat?!

Zweiter Beweis des Herrn Franke dafür, daß „die urechten Gallier nordafrikanischen Geblütes seit der Urzeit durch Blutgier, Rachsucht, Mordlust und Quälbrunst berüchtigt" sind: die Pariser Bluthochzeit von 1572, wobei viele Tausend Hugenotten meuchlings ermordet wurden. Hier fügt Herr Franke an: „gerade in den Hugenotten rollte noch arisch-germanisches Blut". Bekanntlich waren die Hugenotten genau die gleichen Franzosen wie ihre Verfolger, von denen sie nichts unterschied, als der angenommene calvinistische Glaube. — Aber weiß Herr Franke denn nichts davon, daß in demselben Zeitalter in Deutschland die Religionskriege in ihrer unsagbaren Scheusäligkeit wüteten? Daß ein Menschenalter vorher Zehntausende deutscher Bauern unter unsagbaren Foltern hingerichtet worden waren, weil sie sich zur neuen Lehre bekannt und gegen ihre Zwingherren erhoben hatten? Weiß er nichts von der „Blutgier, Rachsucht, Mordlust und Quälbrunst", der damals deutsche Adlige freien Lauf ließen?

Dritter Beweis des Herrn Franke: Die Ereignisse der französischen Revolution. Von der Menschheitswende, welche die französische Revolution als das größte Kulturereignis der letzten Jahrhunderte bedeutet, verrät Herr Franke den Kindern nichts. Nur, daß dabei Menschen hingerichtet wurden. Und wieder die ans Irrenhaus gemahnende Behauptung: „Auch hier tobten die echten Gallier gegen die, in denen noch germanisches Blut (?!) kreiste." Solche hanebüchene Verdrehung der Dinge wird den Kindern in der Schule, also unter höchster Autorität, erzählt. Könnten nicht aber französische Lehrer ihren Kindern mit weit mehr Recht vortragen, daß zur Zeit der französischen Revolution deutsche Landesfürsten zu Tausenden ihre Landeskinder wie das Vieh nach England verkauften, um das Blutgeld mit ihren Maitressen zu verjubeln?

Doch lassen wir Herrn Frankes „geschichtliche" Vorstudien und geben wir einige Zitate aus der weiteren Abhandlung:

„Das Allerschrecklichste auf Erden ist **des Urgalliers Urhaß und Mordgier gegen den Deutschen.** In der Friedenszeit trägt der Gallier darüber eine Maske. Aber mit der Kriegserklärung fallen alle Masken, lösen sich alle Bande frommer Scheu, dann walten alle Laster frei, **alle Verbrechen, Schandtaten und Gemeinheiten gegen den Deutschen werden verübt**; dann kommt der **Tiger im Urgallier** in seiner Rassenanlage zum Vorschein, dann will diese **urafrikanische Bestie Blut, Blut sehen, Blut lecken.** Dann fühlt sie eine **unbezähmbare Wollust im Quälen, Mißhandeln, Martern, Morden von Deutschen."**

Es folgt eine sorgsame Blütenlese von Grausamkeiten gegen Kriegsgefangene. Nachdem er diese recht eingehend beschrieben hat, seufzt Herr Franke mit frommem Augenaufschlag:

„Nein, meine Feder und mein Mund sträubt sich (!!), all diese bestienhaften Niederträchtigkeiten französischer Rachewollust zu schildern. Es ist auch nicht nötig, wir wissen, **daß in ihnen ein Tier wohnt und nach Blut lechzt."**

Aber selbst diese Mittel sind Herrn Franke zur Aufpeitschung der unschuldigen Kinderseele noch nicht scharf genug. Noch mehr Verachtung, noch mehr Abscheu muß gesät werden:

„Selbst in Friedenszeiten zeigen sich Spuren der französischen **Roheitsgelüste.** Es gibt in Frankreich ausnehmend viele verkrüppelte Kinder, begleitet von ihren gesunden Geschwistern. Das Betteln ist eine gute Einnahmequelle. Was tun da viele Eltern? Sie geben ihre Kinder in eine **Verkrüppelungsanstalt und lassen dort kunstgerecht ihre Kinder in Krüppel verwandeln.** Solche Marteranstalten duldet die französische Regierung! Und die französischen Eltern scheuen und schämen sich nicht, ihre eigenen Kinder dem Moloch ihrer Faulheit zu opfern! **Lebt also nicht in dem Franzosen ein Tiger, eine unwiderstehliche Lust an Grausamkeit?!"**

Entsprechend gestalten sich Herrn Frankes Schlußfolgerungen: „Darum müssen wir stark bleiben und müssen ihnen (den Franzosen) zeigen, daß wir **über dem urgallischen Tiger die Geißel schwingen** können . . . Schwäche wäre die größte Sünde gegen uns und unsere Kinder . . . Nur unsere überlegene Wehrmacht hält die gallische Bestin im Zaum. . . . Die Germanen wollten Frieden und nichts als Frieden, aber die Gallier lehnten sich auf wider den Lichtgott Baldur des edlen Germanentums.

Und so weiter: die schmählichste und schändlichste Vergiftung der Kinderseelen. Es kennzeichnet deutsche Zustände, daß in einem Lehrerblatt dieses nichtswürdige Gewäsch erschienen und allen Ernstes der Plan verfolgt werden kann, mit dieser Sudelei die Kinder zu traktieren. Selbstverständlich erwarten wir, daß der Kultusminister unverzüglich eine Verfügung an sämtliche Schulen erläßt, daß Hetzreden nach dem Frankeschen Muster unter keinen Umständen gehalten werden dürfen, und daß „Pädagogen", die auf diese Weise die Kindesseele vergiften, unnachsichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

In zweiter Linie haben die Eltern dafür Sorge zu tragen, daß die Gemüter ihrer Kinder von einer Vergiftung durch die blutrünstigen Phantasien und Geschichtsfälschungen eines Franke freigehalten werden.

*

Wie dem „Vorwärts" geschrieben wird, hat dieser Herr Th. Franke auch noch andere Geistesleistungen verhetzenden Inhalts verbrochen, mit denen die Schulen verseucht werden. Der Einsender schreibt:

Vor mir liegt ein „Praktisches Lehrbuch der Deutschen Geschichte. Für die Volksschulen in anschaulich-ausführlichen Zeit- und Lebensbildern bearbeitet von Th. Franke, Lehrer i. R. in Wurzen. 2. Teil. Neuzeit. Zweite verbesserte Auflage, Leipzig, Verlag von Ernst Wunderlich. 1901." Unter Abschnitt 5 schreibt der Verfasser über „Die Gefahren der Neuzeit":

Nicht bloß auf die äußeren Feinde mußte die Regierung ein wachsames Auge halten, nein, auch im Innern erwuchs dem neuen Reiche ein **äußerst gefährlicher Feind.** Dem dieser Feind bedroht den ganzen Staat aufs unheimlichste. Es ist die Sozialdemokratie. Diese Partei besteht zumeist aus Fabrikarbeitern. . . .

Es wird nun die Entwicklung der Fabrikarbeit, die Zurückdrängung des Kleingewerbes kurz geschildert, dabei zugegeben, „daß viele große Fabrikherren Reichtümer auf Reichtümer häuften, während sich die Arbeiter oft mit kargem Lohne begnügen mußten, wodurch das Familienleben zerstört und der Alkoholgenuß bedeutend überhand nahm". Dann heißt es weiter:

„Gewissenlose Führer hetzten nach Kräften und schürten die Flammen der Unzufriedenheit, ja, sie zauberten ihnen ein Paradies vor, worin es weder Arbeitgeber, noch Arbeitnehmer, weder Reiche noch Arme, weder Fürsten noch Untertanen gab . . . So verhießen die Sozialdemokraten den Arbeitern einen genußreichen Zukunftsstaat, in welchem man ein Schlaraffenleben führen könne. Leider ließen sich die Arbeiter auch betören und erkannten nicht die großen Irrtümer dieser Irrlehren. Sie folgten willig den Verhetzungen der Führer und sagten sich von Gott, König und Vaterland los. Sie betrachteten die Arbeitgeber nur als ihre Ausbeuter und grimmigsten Feinde und zeigten sich oft widerspenstig, stellten in Massen die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzwingen. Viele schmähten die Fürsten, lästerten Gott und beschimpften die Ehe; ja, ein verkommener Klempnergeselle (Hödel) schoß 1878 zweimal auf den greisen Kaiser Wilhelm I., zum Glück, ohne ihn zu treffen. . . . Allerorten erkannte man nun, daß man den Ausschreitungen der verderblichen Sozialdemokratie Einhalt tun müsse. Selbst der Reichstag schloß sich auf Bismarcks Rede dieser Ueberzeugung an, und so ward gegen sie ein strenges Gesetz erlassen. Infolgedessen konnte sie sich nicht mehr so offen hervortun, doch wuchs sie trotzdem weiter und bildet noch jetzt eine stete Gefahr für den Staat."

So belehrt Herr Th. Franke, Lehrer i. R., die heranwachsende Jugend über die Sozialdemokratie. Auch in der zweiten, verbesserten Auflage von 1901 erfährt der Benutzer des Buches nicht, daß das von seinem Verfasser gepriesene Sozialistengesetz nach zwölfjähriger Dauer elend zusammenbrach und seinen Urheber mit sich begrub. Wie ich bestimmt weiß, dient dieses „Praktische Lehrbuch der Deutschen Geschichte" **noch heute** in vielen Schulen auch in preußischen, als Unterrichtsstoff. Wollen sich die Unterrichtsverwaltungen in den deutschen Bundesstaaten nicht einmal mit der Frage beschäftigen, ob es zu verantworten ist, daß im fünften Kriegsjahr, angesichts der beispielosen Aufopferung des gesamten deutschen Volkes, das Gift Frankescher Beschränktheit und Verhetzung weiter verspritzt werden darf?

Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

24. Fortsetzung.

16. Kapitel.

An dem Morgen des zehnten April hatte Senator Warren Mühe, das Gerichtsgebäude zu erreichen, in dem die Verhandlung stattfinden sollte; die amtliche Nachricht von Lees Uebergabe war eingetroffen, und die Straßen wimmelten von aufgeregten, frohlockenden Menschen — soweit das Auge reichte, flatterten Flaggen und bunte Fähnchen von den öffentlichen Gebäuden und allen Häusern. Jetzt vernahm man auch den Donner der zweihundert Salutschüsse, die Stanton angeordnet hatte. Als Warren das Verhandlungszimmer betrat, fand er die Kommission bereits versammelt. Er begrüßte den Vorsitzenden, Oberst Andrews, den er schon kannte, und dieser stellte ihm einen großen bärtigen Offizier als den öffentlichen Ankläger Hauptmann Foster vor; beide Männer betrachteten sich gegenseitig mit Interesse, des schweren Kampfes bewußt, der vor ihnen lag — das Leben des jungen Mädchens stand ja auf dem Spiel. Ernst schüttelten sie sich die Hände.

„Wenn Sie bereit sind, Herr Senator, wollen wir beginnen," sagte Foster höflich; „die nötigen Zeugen sind im Nebenzimmer versammelt, und auch die Gefangene ist unter Bewachung eingetroffen."

Jetzt betrat ein junger Mann das Zimmer und gesellten sich zu Warren. „Guten Morgen, Dwight," rief dieser, „Herr Oberst Andrews — Hauptmann Foster — dies hier ist mein Kollege, Herr Dwight, Mitglied der Rechtsanwaltschaft von Washington, der mir bei der Verteidigung von Fräulein Newton Hilfe leisten wird. Wir können sofort beginnen, Herr Hauptmann."

Inzwischen hatten sich die für Zuschauer vorbehaltenen Sitze im Hintergrunde des Zimmers rasch gefüllt; die beiden Fräulein Newton waren sehr beliebt in der Gesellschaft, und alle ihre Freunde und Verwandten, die sich Eintrittskarten verschafft hatten, waren frühzeitig eingetroffen, um nichts von den Vorgängen zu versäumen. Ein langer Tisch mit Schreibutensilien stand für die Benutzung der Mitglieder des Gerichtshofes bereit und dicht dabei ein kleinerer für Nelly und ihren Verteidiger. Gegenüber stand ein Stuhl für die Zeugen und ferner noch ein anderer kleiner Tisch für die Berichterstatter.

Die Offiziere, die in großer Uniform erschienen waren, setzten sich um den Tisch; der Vorsitzende, Oberst Andrews, an dessen Spitze und Foster in Interimsuniform ihm gegenüber. Auf ein Zeichen des letzteren sprach eine der wartenden Ordonnanzen mit der Schildwache an der Tür, und bald darauf wurde Nelly ins Zimmer geführt. Warren erhob sich sofort und geleitete sie nach ihrem Sitz, voll Bewunderung für ihre Schönheit und Haltung. Ruhig und mit Würde erwiderte sie die Begrüßung der Offiziere. — ihr Wesen hätte nicht gelassener sein können, hätte sie sie daheim in ihrem Salon empfangen.

Frau Warren aber, welche zwischen Frau Arnold und Frau Benett saß, sah voll tiefen Mitleids die tiefliegenden Augen und die bleichen Wangen des jungen Mädchens. Nelly blickte sehnsüchtig nach ihrer Tante aus, doch Warren hatte beschlossen, diese als Zeugin für die Verteidigung zu benutzen, und deshalb konnte sie der Verhandlung vorläufig noch nicht beiwohnen.

Der öffentliche Ankläger rief zur Ordnung, erhob sich, wobei er Nelly ein Zeichen machte, ein gleiches zu tun, und las den Erlaß des Kriegsministers wegen Einberufung der Kommission vor, einschließlich der Namen der sechs Offiziere, die diese außer Andrews und Foster bildeten; er befragte die Gefangene, ob sie gegen irgendein Mitglied der Kommission etwas einzuwenden habe, und auf Nellys verneinende Antwort wurde zur Vereidigung geschritten. Nachdem die Offiziere nach dieser Förmlichkeit ihre Sitze wieder eingenommen hatten, erfolgte durch Foster die Verlesung der Anklage gegen Nelly wegen Spionage und vorsätzlichen Mordes, mit allen dazu gehörenden Einzelheiten. Befragt, was sie hierauf zu sagen habe, antwortete Nelly mit fester Stimme, daß sie nicht schuldig sei, worauf sie sich wieder neben Warren setzte.

Als erster Zeuge wurde Symonds aufgerufen; nach Erledigung der üblichen Förmlichkeiten befragt, ob er die Angeklagte wiedererkenne, bejahte er dies mit einem hastigen Blick auf Nelly — dann wandte er seine Augen wieder ab. Es folgte nun sein genauer Bericht über den Vorfall auf dem Wege nach Poolesville, bei dem Hauptmann Lloyd verwundet worden war, und unter den Zuhörern erhob sich ein erstauntes Gemurmel bei der Erwähnung der Entdeckung, daß jener Angreifer eine Frau gewesen war. Der Vorsitzende rief zur Ordnung, und nachdem wieder Ruhe eingetreten war, fragte Foster: „Wie kam es denn, daß sie Ihnen entfloh?"

„Sie hatte ein frisches Pferd, während das meine lahmte und das des Hauptmanns Lloyd auch erschöpft war — es war mir unmöglich, sie einzuholen; ich gab deshalb bald entmutigt die Verfolgung auf und fand bei meiner Rückkehr den Hauptmann bewußtlos am Boden liegen. Nun ritt ich nach Poolesville, besorgte dort einen Wagen und schaffte den Hauptmann auf diese Weise nach jener Stadt. Vorher aber hatte ich in dem verlorenen Hute des Spions einige Haare von ganz besonderer Farbe entdeckt, und sowohl der Hauptmann als auch ich waren der Ansicht, daß diese den Haaren von Fräulein Newton in auffälliger Weise glichen."

„Zeigen Sie die Haare vor," befahl Foster.

„Ich kann es nicht, Herr Hauptmann, denn ich übergab sie dem Hauptmann Lloyd, und ich weiß nicht, was er mit ihnen angefangen hat."

Foster, der alle Fragen und Antworten in sein Protokollbuch vor ihm eintrug, stockte und sah Symonds bestürzt an, dann nahm er das Verhör wieder auf.

„Wann sahen Sie den Hauptmann Lloyd zuletzt?"

„Am Montag, dem 6. März, nachmittags, er war soeben von Winchester zurückgekehrt."

„Sprach er von der Angeklagten?"

„Er sagte mir —" Symonds sprach mit Nachdruck — „daß er gültige Beweise dafür habe, daß Fräulein Newton eine Spionin der Rebellen sei."

„Sagte er Ihnen dies in seinem Zimmer oder in dem Korridor vor seiner Wohnung?"

„In dem Korridor."

„Konnte er dort belauscht werden?"

„Jawohl, Herr Hauptmann."

„Zeigte er Ihnen seine Beweisstücke vor, solange Sie im Korridor waren?"

„Nein, aber er deutete auf seine Brust und sagte, er habe das Papier dort."

„Sahen Sie jemanden im Korridor?"

„Nein."

„Sie glauben also, daß der Hauptmann laut genug sprach, um von Personen in den Stockwerken über und unter Ihnen belauscht werden zu können?"

„Meiner Meinung nach war dies sehr leicht möglich," erklärte Symonds bestimmt.

„Erwähnte er Fräulein Newtons Namen?"

„Nein, Herr Hauptmann."

„Sprach er von der Spionin in einer Weise, daß jeder gleich wissen konnte, wen er meinte?"

Symonds dachte einen Augenblick nach. „Nein," sagte er schließlich.

„Gingen Sie mit Hauptmann Lloyd in sein Wohnzimmer?"

„Jawohl."

„Erzählen Sie, was dort geschah."

Symonds berichtete nun seine Unterredung mit Lloyd in allen ihren Einzelheiten.

„Haben Sie noch jene Depesche in Geheimschrift?"

„Nein, ich gab sie dem Hauptmann zurück."

„Was tat er mit ihr?"

„Er steckte sie wieder in seine Brieftasche und tat diese in die Brusttasche seines Rockes."

(Fortsetzung folgt.)

Die Massenspeisung im Jahre 1907.

Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes hat seit Januar 1917 die Gemeinden zu einer regelmäßigen monatlichen Berichterstattung über die von ihnen veranstaltete Massenspeisung aufgefordert. Ueber diese Erhebungen macht das Reichs-Arbeitsblatt in seiner soeben erschienenen Nummer Mitteilungen, denen wir folgende Einzelheiten entnehmen.

Die Erhebungen erstreckten sich auf die Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Es wurde angenommen, daß bei den kleineren Orten die Voraussetzungen für eine Massenspeisung fehlen. Zum Teil scheint dies allerdings auch für die größeren Orte zuzutreffen, denn 63 von den 563 überhaupt vorhandenen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern fehlen in dem Bericht, davon der größte Teil, weil nach eigener Aussage, bei ihnen die angefragten Einrichtungen kein Bedürfnis sind.

Die Berichterstattung unterscheidet zwischen Kriegs- (oder Volks-), Mittelstands-, Fabrik- und sonstigen Küchen. Von den überhaupt vorhandenen 2828 Küchen entfielen auf die allgemeinen Kriegsküchen 1497 = 53 Prozent, auf die Mittelstandsküchen 121 = 4 Prozent, auf die Fabrikküchen 629 = 22,3 Prozent und auf die sonstigen Küchen 581 = 21 Prozent. Der Anteil der einzelnen Arten schwankt in den verschiedenen Städten nicht unbedeutend. Der Leistungsfähigkeit nach stehen die allgemeinen Kriegsküchen noch mehr im Vordergrund, als dies nach ihrer Zahl zu erwarten wäre. Es entfielen auf sie beispielsweise im Dezember 1917: 75 Prozent der verteilten Portionen.

Was die Inanspruchnahme der Küchen anbelangt, so war diese naturgemäß am größten in den Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern, wo auf je 100 Einwohnern im Jahresdurchschnitt täglich 10,9 Portionen verteilt wurden. In den Städten mit 250 000 bis 500 000 Einwohnern wurden 7,3, in denen mit 100 000 bis 250 000 Einwohnern 6,7, in denen mit 50 000 bis 100 000 6,1, in denen mit 25 000 bis 50 000 6,2 und in denen mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern 7,3 Portionen täglich pro 100 Einwohner verteilt. Uebrigens weisen die monatlichen Einzelzahlen für alle Größenklassen ein ziemlich gleichmäßiges Steigen und Sinken auf, so zwar, daß im April und Mai die höchste, im September und Oktober die niedrigste Inanspruchnahme der Küchen stattfand. Es hängt dies wohl zusammen mit der Kartoffel- und Brotknappheit des Frühjahres.

Die Höhe der Preise für die einzelnen Mahlzeiten endlich variiert naturgemäß innerhalb der einzelnen Küchenarten ziemlich stark. Die höchsten Preise sind bei den Mittelstandsküchen zu finden, von denen über 75 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres das Essen zwischen 40 und 50 Pfennig und in der zweiten Hälfte zwischen 50 und 100 Pfennig lieferte. Eine unentgeltliche Abgabe kennen diese Küchen nicht. Von den Fabrikküchen gaben 3 bis 4 Prozent das Essen unentgeltlich ab; mehr als 75 Prozent aller Küchen übersteigt nicht den Preis von 60 Pfennig. Etwas geringer ist die unentgeltliche Nahrungsabgabe bei den allgemeinen Kriegsküchen, die aber im übrigen noch geringere Preise nehmen als die Fabrikküchen; über 75 Prozent dieser Küchen überstiegen bis Oktober nicht den Preis von 40, später von 50 Pfennig. Die sonstigen Küchen endlich sind größtenteils Wohlfahrtseinrichtungen; etwa der dritte Teil gibt die Mahlzeiten ganz unentgeltlich ab, die übrigen zum größten Teil für weniger als 30 Pfennig.

Mögen auch immer wieder Klagen über die Qualität des in diesen Küchen gebotenen Essens laut werden — sicher ist, daß diese, zum größten Teil erst während des Krieges geschaffenen Einrichtungen außerordentliches geleistet haben, um großen Massen der Bevölkerung über die Ernährungsschwierigkeiten hinwegzuhelfen und gerade jetzt in der Zeit der so starken Inanspruchnahme der Frauen die Familien vor völliger Unterernährung zu schützen.

Auf einen eigenartigen Mädchenhandel

lenkt der „Volkswille" in Hannover die allgemeine Aufmerksamkeit. Unserem Parteiblatte wird geschrieben: In Friedenszeiten haben wir des öfteren die von den verschiedenen Mädchenschutzvereinen erlassenen Warnungen abgedruckt. Seit Ausbruch des Weltkrieges hat der Ueberseehandel mit Mädchen aufgehört, leider aber nur die besondere Art dieses nahrhaften Erwerbszweiges. Der Mädchenhandel selbst blüht heute mehr als je, ist an sich vollständig ungefährlich und bringt recht viel ein, besonders Lebensmittel. Die heutigen Mädchenhändler sind viele Vormünder, die ihr schulentlassenen Mündel „zwecks Förderung und Erhaltung der Gesundheit" umsonst aufs Land geben. Als Entschädigung wird nur verlangt, daß dem Vormund reichlich Lebensmittel geliefert werden. Hat nach und nach der betreffende Landwirt den „Herrn" Vormund durchschaut, dann macht er in der Regel aus Mitleid mit dem elternlosen Mädchen den Vorschlag, lieber einen richtigen Dienstvertrag abzuschließen und dem Mädchen einen bestimmten Lohn zu zahlen, von dem ein Teil vielleicht gespart werden könnte. In diesem Falle kommt der Landwirt aber an die falsche Adresse. **Das Mädchen wird sofort weggenommen und an eine andere nahrhafte Adresse weitergeschoben,** ganz gleich, ob es ein Landwirt oder ein Lebensmitteldirektor eines Rüstungsbetriebes ist, die Hauptsache ist, **das Mädchen muß umsonst arbeiten,** wie in den Freudenhäusern Brasiliens und **der Vormund nimmt die Provision in Form von Lebensmitteln** in Empfang. Der Gewährsmann des „Volkswillen" behauptet, daß es sich **durchaus um keine Einzelerscheinung** handle, vielmehr seien die **Fälle dieser Art so zahlreich, daß uns ein sofortiges Einschreiten des Justizministers dringend erforderlich erscheine. Die Vormundschaftsgerichte müßten eiligst angewiesen werden, sofort sämtliche Mündelakten nachzuprüfen** und zu verhindern, daß Dienstverträge, in denen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Löhne nicht vereinbart sind, zum nächsten Kündigungstermin gekündigt und neue Dienstverträge, nur mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts abgeschlossen werden.

Die Nutznießer dieses modernen Mädchenhandels sind meist Staats- und Gemeindebeamte, Rentner und ähnliche Personen, die an sich wohl in der Lage wären, sich um das Wohl ihrer Mündel zu bemühen, denen aber in der heutigen gewiß schweren Zeit das eigene Wohlergehen allen anderen von ihnen übernommenen Verpflichtungen vorangeht. Der Unfug würde in dem gerügten Umfange gar nicht möglich sein, wenn die Gerichte mit der bisherigen Praxis längst gebrochen hätten. Man sollte Waisen und unehelichen Kindern aus Arbeiterkreisen einen gut entlohnten Arbeiter, wohlhabenden auch einen wohlhabenden Vormund geben. Nur auf diese Art würde den Mündeln der größte Schutz geboten. **Weg mit den Beamten und noch vielmehr mit den Rentnern als Vormünder.** Die Behörden sollten auch im Interesse des Ansehens der Behörden selbst nachprüfen, ob die als Vormünder bestellten Beamten auch die von ihnen übernommenen Verpflichtungen voll erfüllen.

Aus der Partei.

Skandinavischer Sozialismus. Kristianiaer „Sozialdemokraten" befürwortet lebhaft ein enges Zusammenwirken der sozialdemokratischen Parteien der drei skandinavischen Länder. In allen dreien handele es sich um dasselbe Problem: die Großagrarier, die Finanzleute und die Industriebarone wenden alle Mittel auf, um die in der Kriegszeit eingeführte Kontrolle der Allgemeinheit über das Wirtschaftsleben wieder zu beseitigen. Privatkapitalistische oder gemeinnützige Leitung des gesamten Wirtschaftslebens — darum gehe der große Kampf. Die Sozialdemokraten Dänemarks, Schwedens und Norwegens könnten sich gemeinsam dieser gigantischen Aufgabe widmen. Am fortgeschrittensten sei man in Dänemark; deshalb seien auch die Kriegsmaßnahmen der dänischen Gesellschaft weit umfassender und durchgreifender, als in Norwegen und Schweden. Aber begonnen hat der wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß, der die Leitung des Wirtschaftslebens von der Privatspekulation auf die Allgemeinheit überführen solle, in allen skandinavischen Ländern. Sinnfälliges habe eine aufgeweckte, politisch interessierte Arbeiterschaft, starke Organisationen und demokratische Staatsformen. Habe der Sozialismus irgendwo Aussicht, in kurzer Zeit zum Siege zu gelangen, dann hier. Die skandinavische Sozialdemokratie könnte in einmütiger Arbeit vorbildlich für die ganze internationale Arbeiterbewegung werden.

Soziales.

Der Krankenstand während des Krieges.

Es war eine auffällige Erscheinung, daß nach Ausbruch des Krieges die Zahl der erwerbsunfähig Kranken bei allen Krankenkassen erheblich zurückging. Der Grund war zum Teil in psychologischen Momenten insofern zu suchen, als jeder seine Kräfte zusammenraffte, um die vermeintlich kurze Dauer des Krieges überstehen zu helfen. Auf die Dauer war das aber nicht aufrecht zu erhalten. Die Folgezeit brachte bei allen Kassen eine ständige Zunahme der erwerbsunfähig Kranken. Nach den Erhebungen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen stieg der durchschnittliche Bestand an solchen Kranken von 2,66 v. H. aller Mitglieder im Jahre 1915 auf 2,77 v. H. im Jahre 1916, 3,03 v. H. im Jahre 1917 und 3,48 v. H. am 1. Juni 1918. Das ist gegenüber dem Stande vom Herbst 1914 fast eine Verdoppelung. Das Kaiserlich Statistische Amt hat im Jahre 1917 bei allen größeren Kassen eine Erhebung vorgenommen und einen durchschnittlichen Bestand von 2,97 v. H. festgestellt. Der absoluten Zahl nach war der Bestand an Erwerbsunfähigen im Jahre 1917 bei allen staatlich organisierten Krankenkassen auf annähernd eine halbe Million zu berechnen.

Bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu den Feststellungen aus der Friedenszeit die Zahl der weiblichen Kranken geringer ist als die der männlichen. Nach der Statistik der Ortskrankenkassen waren am 1. Juni 1918 durchschnittlich 3,31 v. H. der weiblichen und 3,82 v. H. der männlichen Mitglieder erwerbsunfähig, nach den Erhebungen des Kaiserl. Stat. Amtes im Jahre 1917 durchschnittlich 2,81 v. H. bezw. 3,13 v. H. Diese Veränderung hat ihre Ursache darin, daß die männlichen Arbeiter zum guten Teil nicht vollkräftige, sondern alte und invalide oder bereits kriegsbeschädigte Leute sind. Im Gegensatz dazu sind die weiblichen Mitglieder meist noch junge Frauen.

Die allgemeine Zunahme der erwerbsunfähig Kranken erklärt sich aus der gesteigerten Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft und aus den Ernährungsschwierigkeiten. Dabei kann man annehmen, daß, wenn die Zahl der Aerzte nicht so knapp wäre, die Kranken noch zahlreicher wären. Das ist kein Spott auf die Aerzte, sondern betrübender Ernst, denn es ist heute kein Vergnügen, in den Wartezimmern der Aerzte stundenlang eingepfercht zu sein. Durch die neueste Grippen-Epidemie hat die Zahl der Kranken eine weitere rapide Steigerung erfahren, z. B. bei den Berliner Kassen bis Mitte Juli um rund 40 000. Die geldlichen Mittel der Krankenkassen werden daher gegenwärtig außerordentlich stark in Anspruch genommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Thüringer Sensationsprozeß. „Schon wieder eine solche gemeine Heuchelei von Leuten, die doch schwere Feinde sind." So äußerte sich der Amtsrichter z. D. Richard Eichhorn in dem Dienstzimmer des Amtsgerichtssekretärs Schirmer über den Telegrammwechsel des Kaisers und des Herzogs von Meiningen anläßlich des fünfzigjährigen Militärdienstjubiläums des Herzogs. Diese Aeußerung kam dem Herzog Bernhard zu Ohren, der sofort Strafantrag wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung stellte. Die Koburger Strafkammer hatte jetzt den Amtsrichter Eichhorn, der übrigens aus Steinach (Sachsen-Meiningen) stammt, unter allgemeiner Spannung der Koburger und Meininger Bevölkerung abzuurteilen. Nach einer achtstündigen Beweisaufnahme fand der Staatsanwalt den Angeklagten für schuldig und beantragte zwei Monate Gefängnis, sowie Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter. Das Gericht kam jedoch zu dem Urteil, daß eine Majestätsbeleidigung nicht vorliege und der Angeklagte deshalb freizusprechen sei. Dagegen sei der Angeklagte wegen Beleidigung des Herzogs von Meiningen zu bestrafen. In Berücksichtigung seiner Stellung und Bildung müsse gegen den Angeklagten auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden. Das Gericht sprach eine solche von einem Monat Gefängnis aus. Da die vom Angeklagten beantragte Ablehnung der in Meininger Diensten stehenden Richter wegen Befangenheit zum zweiten Male abgelehnt wurde, sowie weil weiter gestellte Anträge das gleiche Schicksal hatten, hat Dr. Eichhorn die Absicht, gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision einzulegen.

Aus Nah und Fern.

Grubenunglück in Schlesien. Aus Hindenburg wird berichtet: Durch Zubruchegehen einer Grundstrecke wurden auf der Guido-Grube zehn Mann verschüttet. Durch sofortiges energisches Eingreifen der Rettungsmannschaften konnten alle 10 Bergleute gerettet und nach dem Knappschaftslazarett geschafft werden. Nur vier Mann sind erheblich verletzt worden.

Eine geheimnisvolle Affäre. Die 27jährige Frau des Dieners Jonuleit in Berlin wird seit 20. August vermißt. Ihre Mutter vermutet, daß ihr Schwiegersohn, der sich vor einiger Zeit in einem Lazarett in Straubing befand, seine Frau ums Leben gebracht hat. Frau Jonuleit hatte ihren Ehemann im Lazarett besucht. Dort soll es nach Aussage des Ehemannes zu Streitigkeiten gekommen sein, und er behauptet, dann allein von dort nach Magdeburg übergesiedelt zu sein. Wo sich die Frau befindet, konnte trotz aller bisherigen Nachforschungen nicht festgestellt werden.

An Pilzvergiftung sind in Duisburg 9 Personen erkrankt; sechs sind bereits gestorben. — In **Potsdam** sind nach dem Genuß von Pilzen der 22 Jahre alte Tischler Georg Stoltz und die 49 Jahre alte Frau des Privatwächters Diederich gestorben.

Weitere Fremdensperre in Bayern. Aus München wird dem „Berl. Lokal-Anzeiger" berichtet: An den Bayerischen Städtetag wird von Traunstein aus, dem Hauptort des von Fremden stark besuchten bayerischen Chiemgaues, der Antrag gestellt, den Fremdenverkehr ganz zu sperren. In Straubing in Niederbayern hat der Magistrat das Generalkommando ersucht, die Aufenthaltsdauer für Fremde auf drei Tage zu beschränken. Wie wir weiter erfahren, wird in den hauptsächlichsten Fremdenverkehrsbezirken Oberbayerns und des Algäus vom 15. September ab der freie (ohne amtsärztliches Zeugnis zugelassene) Aufenthalt auf zwei Wochen und ab 22. September auf eine Woche herabgesetzt. Ferner wird die Beherbergung ab 1. September auf 30 Proz. der vorhandenen Betten herabgesetzt, wobei für Passanten eine Ueberschreitung bis zu 10 Prozent zugelassen wird. Endlich darf das Einmieten bei Selbstversorgern ab ersten Oktober nicht mehr gestattet werden. Die Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen bayerischen Kommunalverbände bleibt vorbehalten. — Unter der Ueberschrift „Verkurrtes Hamsterweib" berichten Münchner Blätter folgendes: Vom Schöffengericht Traunstein wurde eine Rentiere aus Berlin wegen Ueberschreitens der Höchstpreise beim Lebensmittelhamstern und unerlaubter Ausfuhr nach Norddeutschland zu zwei Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte 7 Pfund Butter, das Pfund zu 11,50 Mark, 63 Eier um 50 Pfg. das Stück von einer stellenlosen Kellnerin gekauft. — In Berchtesgaden in Oberbayern ist der Brotpreis für die Fremden verdoppelt worden. Das Pfund Schwarzbrot kostet von jetzt ab für die Einheimischen 29 Pfg., für die Fremden 58 Pfg.

Die Belegschaftslöhnung gestohlen. Auf der Kokerei der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in Duisburg-Meiderich wurde nachts eine Kiste erbrochen und daraus die Lohntüten für die Arbeiter mit 30000 Mark gestohlen. Wegen des Diebstahls konnten die Arbeiter nicht pünktlich entlohnt werden.

Auch ein „Opfer" der Kleidernot. In Kasseler Blättern ist folgende Anzeige zu lesen: „Meine Verlobung mit Fräulein Agnes Prüssing, Tochter des Postsekretärs Prüssing, Kassel, Kantstraße, wurde von den Eltern der Braut zehn Tage vor der Hochzeit aufgehoben, da ich denselben in bezug auf Kleidung in Kassel nicht nobel genug auftrat. Julius Bönning, Lehrer, Lippoldberg." — In diesem Falle scheint die Kleidernot ein Glücksfall für den von ihr Betroffenen zu sein.

Der alte Bälgetreter und der neue Kantor. Ein Leser schildert in dem Fachblatt des „Thüringer Waldvereins" die Persönlichkeit eines alten dörflichen Balgetreters und sein originelles Verhältnis zu dem alten Kantor, mit dem er seit 40 Jahren allsonntäglich die Orgel spielte. Da tritt der alte Lehrer in den Ruhestand und ein neuer, junger Lehrer tritt an seine Stelle. Als dieser nun am Sonntag zum ersten Male die Kirche betritt, begrüßt ihn der alte Johann Friedrich Queitsch, genannt Hannefriede, mit dem üblichen „Gu'n Morgen, Härr Kanter! Na wie giehts än? Was spelmern heite?" Da fuhr ihn dieser barsch an: „Stellen Sie nicht so dumme Fragen; was ich spiele, geht Sie gar nichts an, Sie haben Wind zu machen und weiter nichts!" und stieg auf seinen Orgelthron. Kaum waren ein paar Zeilen gesungen, da seufzte das Orgelwerk in ersterbenden Tönen und schwieg gänzlich. Der Kantor zerrte wie rasend am Klingelzuge und nun setzte die Orgel wieder im vollen Ton ein. Aber kaum waren einige Akkorde verklungen, hörte die Orgel in wimmernden Tönen auf. Erneutes, noch stärkeres Zerren an der Glocke brachte das Werk wieder zum Erklingen, um nach einigen Akkorden wieder zu verstummen, und so ging es abwechselnd fort, bis der Gottesdienst zu Ende war. Kaum aber waren die letzten Kirchenbesucher zur Kirche hinaus, sprang der Herr Lehrer hinter die Orgel und schrie den alten Queitsch an: „Was haben Sie um Himmelswillen heute für eine Naht zusammengetreten, das war ja schauderhaft!" „Härr Kanter, was hammsen gespelt?" fragte der alte Hannefriede. „Na, das Lied werden Sie wohl schon oft genug gehört haben: „Wie schön leucht' uns der Morgenstern!" Darauf Queitsch: „Ja, Härr Kanter, jähn Se, da hammersch ja, und ech ha immer geträten„ Ach bleib mit deiner Gnade."

Eine Bismarck-Erinnerung. Ein alter Diplomat schreibt der „Staatsb.-Ztg.": Als ich anfangs der achtziger Jahre gelegentlich in Straßburg weilte, erhielt ich eine Einladung zur Frühstückstafel beim Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel. Außer mir waren nur Familienmitglieder des Statthalters anwesend und der zweite Sohn Bismarcks, Wilhelm v. Bismarck, der im Statthalterpalais verkehrte, als wenn er ein Kind des Hauses war. Er arbeitete damals bei der Regierung in Straßburg. Im Laufe der Unterhaltung gab Bill zum besten, daß sein Vater, dem Prinzen Wilhelm im Reichskanzlerpalais ein Zimmer zum Umkleiden zur Verfügung gestellt habe für den Fall, daß der Prinz Berlin bei Nacht studieren wolle. Nachdem der junge Bismarck, dem sein Dienst längeres Verweilen an der Tafel nicht gestattete, fortgegangen war, kam die Unterhaltung noch einmal auf die Mitteilung Bills zurück. Der Statthalter hielt mit seiner Mißbilligung der Bismarckschen Toleranz gegen die prinzlichen Harun-al-Raschid-Fahrten nicht zurück. Er sagte, in letzter Zeit erinnert mich Bismarck öfter an Menschikow: sein plötzlicher Reichtum, die Protektion seiner Kinder, namentlich Herberts; jetzt diese Begünstigung von Prinzenlaunen. Wenn aber etwa Bismarck glaubt, sich damit einen Stein im Brett zu verschaffen, so läßt ihn seine Menschenkenntnis im Stich. Dem einstigen Kaiser wird später die Erinnerung peinlich sein und er wird Bismarck entlassen. Im Anschluß erzählte v. Manteuffel, wie er sich zu dem Prinzen stelle. Bei seinem letzten Besuch in Berlin sei er zur Abendgesellschaft zum Kronprinzen befohlen worden. Anwesend war auch Prinz Wilhelm. Der Feldmarschall machte ihm eine tiefe Verbeugung. Der Prinz nickte ihm zu. Sofort bat v. Manteuffel den Kronprinzen um eine Unterredung unter vier Augen, die auch in einem benachbarten Zimmer gewährt wurde. v. Manteuffel trug den Fall vor. „Kaiserliche Hoheit," sagte er, „wenn ein preußischer Feldmarschall einem jungen Hohenzollernprinzen eine Verbeugung macht, hat der Prinz stramm zu stehen und nicht zu nicken. Letzteres verstößt gegen die preußische Disziplin." Der Kronprinz gab dem Statthalter recht, ließ den Erzieher des Prinzen Wilhelm kommen und las diesem gehörig die Leviten. — (Der Prinz Wilhelm, von dem hier die Rede ist, ist der jetzige Kaiser.)

Kulturbild aus Pommern. Die „Kösliner Zeitung", vom 22. August veröffentlicht folgende Anzeige:

Diejenigen Frauen,
welche Zeugen waren, als Herr v. Schmeling, Güdenhagen, am Mittwoch, dem 21. August, ein ährenlesendes, junges Mädchen gepeitscht und absichtlich überfahren hat, werden gebeten, ihre Adressen bei Friedrich Nutzen, Güdenhagen, abzugeben.

Ueber die weitere Entwickelung dieser Angelegenheit werden wir berichten.

Ein fröhlicher Justizpalast. Der neue Justizpalast für das kleine Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt in Rudolstadt hat, wie wir der „Berliner National-Zeitung" entnehmen, für sein Anwaltszimmer einen fröhlichen Schmuck erhalten. Mit Genehmigung der Regierung durfte eine Fülle deutschen Anwaltshumors über die Wände des Zimmers, die Schränke der Anwälte usw. ausgegossen werden. Der Urheber ist der frühere Rechtsanwalt Hofrat Klinghammer, der dort im Ruhestande lebt und dem Maler des Anwaltzimmers mit Spruchweisheiten zur Hand gegangen ist, von denen wir hier einige bringen:

Du mußt von Jugend auf Dich rühren, und beinah zehen Jahr studieren.

Du mußt, soll man gelehrt Dich nennen, 10 000 Paragraphen kennen.

Mit 30 Jahr'n, an Wissen stark, verdienst Du Deine erste Mark.

Sei immer höflich vor Gericht, das Zähnefletschen lohnt sich nicht.

Je dicker schwillt ein Aktenstück, je zweifelhafter wird Dein Glück.

Schnauz niemals Deinen Gegner an, er ist, wie Du — ein braver Mann.

Willst Du beim Volk in Achtung stehn, Dein Maul muß wie ein Mühlrad gehn.

Führ' Deine Sach' gut oder schlecht, der Menge machst Du's doch nicht recht.

Prozeßstoff ist ein Haufen Mist, darin ein Körnlein Rechtens ist.

Verlierst Du, laß kein Tränlein rinnen, zwei können nit zugleich gewinnen.

Die Strafrechtsrevisionsinstanz ist wie ein Kätzlein ohne Schwanz.

„Der Tote erschien persönlich . . ." In einer ungarischen Ortschaft traf vor kurzem die Nachricht ein, daß der Sohn Stephan des dortigen angesehenen Bürgers Josef Racz am 8. Juli den Heldentod gestorben sei. Die Nachricht war von der Militärbehörde in aller Form dem Standesamt bekannt gegeben worden. Jetzt ist der Totgesagte höchstpersönlich erschienen und hat vom Standesamt eine Berichtigung der Liste verlangt. Das Protokoll, das zu diesem Zweck mit ihm aufgenommen wurde, gehört wohl zu den kuriosesten Leistungen des Amtsschimmels. Es beginnt nämlich mit den Worten: „Der Tote erschien persönlich vor mir und gab über die Umstände seines Ablebens folgendes zu Protokoll . . ."

Neuer Brand in Stambul. Stambul wurde wieder von einem großen Brand heimgesucht, der am 27. morgens in der Mitte der Stadt und in der Nähe des alten Brandfeldes ausbrach. Starker Wind begünstigte die Ausbreitung, sodaß gegen **250 Häuser vernichtet wurden.**

Vernichteter Tankdampfer. Reuter meldet aus Montreal: Der Tankdampfer „Lake Manitoba", 9674 Tons, ist in Brand geraten und vernichtet. Die Ladung Rohöl ist völlig verloren. Der Schaden beläuft sich auf 300 000 Pfund Sterling.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck